

Austria Est In Orbis Ubique 2

WESSEN SPRACHE?

Die Überwindung der Sprachlosigkeit 4

Roma-Literatur und Sprache in Österreich

VON THOMAS SCHMIDINGER

WESSEN FRIEDEN?

Niederlagen des Friedens 6

Gespräch mit Fernando Quisquínay über die Krise der Linken
in Guatemala

DAS INTERVIEW FÜHRTE MARY KREUTZER

WESSEN FEST?

Wir feiern dieses Jahr unseren runden Geburtstag! .. 10

ARGE WEHDIENTSVERWEIGERUNG UND DESERTEURS- UND FLÜCHTLINGSBERATUNG

26 Jahre – Von Zivildienst bis Context XXI 12

VON MANFRED GMEINER UND MARKUS KEMMERLING

WESSEN KRIEG?

Deserteure der Deutschen Wehrmacht 13

VON MARKUS KEMMERLING

Österreichische Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit .. 18

Entstehungsprozess und politische Hintergründe
des Forschungsprojektes

VON HANNES METZLER

Vergessene Opfer 23

VON MARIA FRITSCHKE UND WALTER MANOSCHKE

Fahnenflucht in die Krankheit 24

Die Militärpsychiatrie und die Behandlung der Kriegsneurotiker
in den beiden Weltkriegen

VON HERWIG CZECH

(Keine) Bilder einer Ausstellung 26

VON JUTTA SOMMERBAUER UND THOMAS SCHMIDINGER

WESSEN FRIEDEN?

"Die Friedensbewegung auf der palästinensischen

Seite ist geführt von Yassir Arafat" 28

DAS INTERVIEW MIT URI AVNERY FÜHRTE THOMAS SCHMIDINGER

WESSEN ANTISEMITISMUS?

"Für die Juden geht man nicht auf die Knie" 31

Antisemitismus in den Wiener Pfarrblättern der Zwischenkriegszeit

VON MARY KREUTZER

WESSEN FREUNDSCHAFT?

connecting people 33

VON HEIDE HAMMER

Impressum & Offenlegung 3

Austria Est In Orbis Ubique



Selbst als **Tinky Winky** in einem Interview für den renomiertesten US-Nachrichtensender seinen Anspruch auf die Weltherrschaft reklamierte, wurde dies im Allgemeinen als demokratisch legitim akzeptiert.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Nach der Broschüre „Siegfrieds Köpfe“, deren Erstellung die Redaktion doch insgesamt vier Monate beschäftigt hat und die bereits mehrmals mit Podiumsdiskussionen präsentiert wurde, erscheint nun – spät aber doch – die erste reguläre Nummer von Context XXI in diesem Jahr. Ganz gewöhnlich ist sie deshalb aber nicht. Denn es gibt einige Jubiläen zu feiern: Die ARGE für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung, Herausgeberin sämtlicher Vorgängerinnen von Context XXI und derselben bis heute feiert ihren 25. Geburtstag und damit nicht genug: Context XXI selbst ist so alt, nicht unter dem selben Namen, zugegebenermaßen, aber was sind schon Namen...? Auch die Deserteurs- und Flüchtlingsberatung, ei-

ner der Zweigvereine der ARGE ist schon 10 Jahre alt. Genauer dazu gibt es auf den Seiten 10 bis 12.

Der Schwerpunkt dieser Nummer – Deserteure der Deutschen Wehrmacht – steht in Zusammenhang mit der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944“ in ihrer zweiten Fassung, die derzeit in Wien zu sehen ist, und mit den – nach wie vor auf große Widerstände stoßenden – Bemühungen um eine Rehabilitation der Wehrmachtsdeserteure. Neben einem einleitenden Artikel von Markus Kemmerling, der Beschreibung des langen Wegs zur Thematisierung und Erforschung der österreichischen Wehrmachtsdeserteure von Hannes Metzler und der Zusammenfassung der zentra-

len Ergebnisse des derzeit laufenden Forschungsprojekts „Österreichische Opfer der NS-Militärjustiz“ von Walter Manoschek und Maria Fritsche, findet sich hier auch ein Text zu den grausamen Behandlungsmethoden der „Kriegsneurosen“ von Herwig Czech. Ein kritischer Rundgang durch die Ausstellung von Jutta Sommerbauer und Thomas Schmidinger bildet den vorläufigen Abschluss dieses Schwerpunkts, zu dem in den nächsten Nummern noch Beiträge folgen sollen.

Einen Vorgeschmack auf den geplanten Lateinamerika-Schwerpunkt der nächsten Nummer bietet das Interview mit dem Guatemalteken Studenten und politischen Aktivisten Fernando Quisquay, geführt von Mary Kreutzer. Die in Nr. 06/01

begonnene Serie zu Roma und Sinti in Österreich wird fortgesetzt mit einem Artikel zu Roma-Sprachen und Literaturen von Thomas Schmidinger.

Aber auch die jüngste Eskalation im Nahost-Konflikt versuchen wir – abseits von Sensationsjournalismus – zu bearbeiten, in einer Serie von Interviews mit politischen AktivistInnen vor Ort, deren erstes mit Uri Avnery für uns eine Herausforderung zum Widerspruch und zur weiteren Diskussion bedeutete.

Schließlich möchten wir noch auf die Fehler, die uns leider beim Erstellen der Broschüre passiert sind, hinweisen (siehe Kasten) und uns dafür entschuldigen!

Sonst bleibt nur noch, viel Freude beim Context XXI Lesen, Hören, Surfen und Abonnieren zu wünschen!

EVA KRIVANEC
MAI 2002

Errata 'Siegfrieds Köpfe'

ad) Claude Haddad: Als ich nach Österreich kam. (S.13-17) - S.14=S.15, S.15=S.16, S.16=S.17, **S.17=S.14** • ad) Ines Garnitschnig: Neutralität der Wissenschaft. Neutralität der **Weißheit**. (S.52-62) So lautet der Titel richtig! • ad) Mary Kreutzer: Konrad Lorenz und die Vergleichende Verhaltensforschung. (S.120-126) Es fehlen die Fußnoten! - vollständig unter: <http://contextXXI.mediaweb.at> • ad) UnterstützerInnen (S.142) Es sollte heißen **Ökoli** statt „Ökoli-StudentInnen“! • ad) Ausstellungskündigung „Verbrechen der Wehrmacht“ (Cover Rückseite) - Der Untertitel lautet richtig: „Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“!

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung; LICRA-Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) **Redaktion:** Roland Atzmüller, diE nOt, Manfred Gmeiner, Heide Hammer (Radio), Markus Kemmerling, Robert Kogler, Marianne Kreutzer, Eva Krivanec (koordinierende Redakteurin), Stefan Künz (Internet-Ausgabe), Stefanie Mayer, Markus Pinter, Heribert Schiedel, Thomas Schmidinger, Alexander Schürmann-Emanuel (geschäftsführender Redakteur), Jutta Sommerbauer (Internet-Hereingeberin),

Markus Zingerle (Radio) **AutorInnen dieser Ausgabe:** Hannes Metzler, Walter Manoschek, Maria Fritsche, Herwig Czech **Titelgraphik:** diE nOt **Layout:** Birgit Baschant, Eva Krivanec **Hersteller:** Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Offenlegung:** Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer, von sonst nichts und sonst niemand; Leitungsorgan ist die Redaktion; grundlegende Richtung: Kritik, insbesondere Gewalt- und Herrschaftskritik **Abos:** Normalabo: 33 Euro/Jahr; Sonderabo: 22 Euro/Jahr; Förderabo: 66 Euro/Jahr; Ausland: 38 Euro/Jahr, Übersee: 44 Euro/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **Mitgliedschaft ARGE WDV:** 36 Euro/Jahr; ermäßigt: 25,50 Euro/Jahr (inkl. Abo **Context XXI**) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 25. Juni

Die Überwindung der Sprachlosigkeit

Roma-Literatur und Sprache in Österreich

Nach der Vernichtung des Großteils der österreichischen Roma durch den Nationalsozialismus dauerte es Jahrzehnte bis die verbliebenen, weitgehend traumatisierten Angehörigen der burgenländischen Roma wieder das Selbstbewusstsein hatten, nicht nur über ihre Verfolgungen zu sprechen, sondern auch wieder ihre eigene Sprache zu pflegen und daraus eine Literatur zu formen.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Seit einigen Jahren wird die Literatur dieser bisher traditionell nicht verschrifteten Sprache auch als schriftliche Literatur veröffentlicht. Das Projekt „Kodifizierung und Didaktisierung des Roma“, das in Zusammenarbeit von Roma-VertreterInnen und Linguisten der Universität Graz durchgeführt wird, spielt dabei eine wichtige Rolle.

In der Vergangenheit war eine wissenschaftliche Beschäftigung mit den österreichischen Roma immer eine Arbeit von WissenschaftlerInnen der Mehrheitsbevölkerung über die Minderheit der Roma und kam nur allzuoft als „Volksgruppenerhebung“ direkt der romafeindlichen Politik zugute. Der bekannteste österreichische „Zigeunerforscher“ Johann Knobloch sammelte das Material für seine Dissertation sogar ganz offen im nationalsozialistischen „Zigeunerlager“ im Salzburger Stadtteil Leopoldskron, wo er mit der repressiven Macht der NS-Wärter im Hintergrund Informationen aus seinen „Forschungsobjekten“ herauspresste. Dass fast alle InsassInnen dieses Lagers schließlich nach Auschwitz deportiert wurden, interessierte den „Wissenschaftler“ nicht.¹

Kein Wunder, dass mit dieser Geschichte im Hintergrund, die wenigen Überlebenden nach 1945 nichts mehr von einer wissenschaftlichen Erforschung ihrer Sprache und Kultur wissen wollten, ja sich vielfach über-

haupt nicht mehr als Roma zu erkennen gaben und versuchten, sich so schnell wie möglich in der Mehrheitsbevölkerung zu assimilieren. Während diese Assimilation in den großen Städten, insbesondere in Wien, vielfach gelang, stellte die weiterhin „zigeuner“feindliche Haltung der burgenländischen Bevölkerung im eigentlichen Kernland der österreichischen Roma ein unüberbrückbares Hindernis für eine solche Assimilation dar. Eine kleine Gruppe Überlebender wollte auch trotz – oder wegen – aller schrecklichen Erfahrungen während der NS-Zeit nicht ihre Identität als Roma verlieren. So hielten sich in den burgenländischen Romasiedlungen in der Wart (Oberwart und Umgebung) eine Reihe von Roma-Familien, die trotz aller Diskriminierungen der Mehrheitsbevölkerung und ihrer wirtschaftlichen Marginalisierung an ihrer Sprache und Identität als Roma festhielten.

Trotz aller Anfeindungen der Mehrheitsbevölkerung, die in der Ermordung von vier Roma durch die „Bajuwarsche Befreiungsarmee“ in den Neunzigerjahren noch einmal einen Höhepunkt erleben sollten, konnten sich die Roma-Gemeinschaften im Burgenland wieder langsam erholen und so schätzen heute die Burgenland-Roma „ihren Anteil an der österreichischen Gesamtbevölkerung auf ca. 2.500 Personen.“² Da neben den burgenländischen Roma aber

auch schon vor 1938 einige Sinti- und Lovara-Familien in Österreich lebten und in den letzten Jahrzehnten viele Roma als „Gastarbeiter“ aus dem ehemaligen Jugoslawien eingewandert sind, schätzt das „Romano Centro“ die Gesamtzahl der in Österreich lebenden Roma und Sinti auf 20.000 bis 25.000 Personen.³

Eine heute noch im Burgenland verbreitete Maßnahme gegen „Zigeuner“, nämlich das Verbot, eine Diskothek zu betreten, war im Jahr 1989 schließlich der Auslöser für die Gründung des ersten Vereins der österreichischen Roma, „was binnen kurzer Zeit auch zur Gründung einer von der Republik Österreich, von der Burgenländischen Landesregierung und vom Arbeitsmarktservice finanzierten Beratungsstelle für Roma geführt hat.“⁴ Weitere Vereine wie das in Wien sehr aktive „Romano Centro“, in dem nicht nur Roma mit österreichischem Pass, sondern auch Roma-MigrantInnen aus Südosteuropa organisiert sind, folgten.

Aus dem Verein der burgenländischen Roma heraus wurde schließlich das Projekt geboren, mit Hilfe von Linguisten der Universität Graz die Sprache der burgenländischen Roma zu kodifizieren und schließlich auf Basis der erarbeiteten Grammatiken und Wörterbücher didaktisch aufzuarbeiten und Unterrichtsmaterialien zu erstellen. Mit den Arbeiten an der Kodifizierung wurde

1995 begonnen, mit der Diktatisierung im darauffolgenden Jahr. „Das Projekt ist – ganz im Gegensatz zu vergleichbaren Vorhaben, wo über eine Gruppe gearbeitet wird – kein Projekt der Wissenschaft, sondern ein Projekt der Roma“⁵, an dem die beteiligten Wissenschaftler eher wissenschaftliche Berater oder Dienstleister der Roma sind als deren Erforscher.

In der Folge wurden in den Jahren 1996/97 im Rahmen eines Projektes des „Romano Centro“ wiederum in Zusammenarbeit mit Linguisten der Universität Graz auch die Dialektvarianten der österreichischen Lovara kodifiziert. Die österreichischen Lovara kehrten nach 1945 aber – zum Unterschied von den Burgenland-Roma – mit wenigen Ausnahmen nicht in ihre Heimatdörfer zurück, sondern gaben ihre frühere Lebensweise auf. Die meisten versuchten, in der Großstadt Fuß zu fassen. Die Großfamilien und früheren Sozialstrukturen waren zerschlagen⁶.

Daraus ergab sich auch ein größerer Sprachverlust unter den Lovara als unter den Burgenland-Roma und eine Verschriftung ihrer Dialekte konnte nur einen kleinen Teil der österreichischen Lovara wirklich erreichen.

Anders sieht die Situation bei den burgenländischen Roma aus, wo der Roma-Vererein als Ansprechpartner für die meisten Romafamilien eine akzeptierte Institution ist, an der sich viele aktiv beteiligen. Seit 1998 gibt es im Burgenland „eine zweisprachige Zeitung und Unterrichtsbeihilfe in Roman“⁷. Ab 1999 wurden auch romasprachige Radiosendungen produziert, deren Ausstrahlung unter der neuen Regierung aber ständig gefährdet

ist, da die Förderungen für das mehrsprachige freie Radio im Burgenland gestrichen wurden.

Trotzdem ist in den letzten Jahren ein deutlicher Aufschwung der Roma-Literatur zu erkennen. Einerseits wurden einige deutschsprachige Bücher von Roma-AutorInnen herausgegeben, aber auch zweisprachige Bände, wie der Gedichtband von Mariella Mehr, die als 1947 geborenes Kind einer jennischen Familie aus der Schweiz die Folgen der schweizer „Zigeunerpolitik“ am eigenen Leib miterleben musste und für ihre Romane und Dramen bereits mehrere Auszeichnungen, darunter 1996 den Preis der Schiller-Stiftung erhalten hat. Auch ein zweisprachiger Märchenband mit Märchen und Geschichten der Lovara und ein unter dem Titel „Der Rom und der Teufel – O rom taj o beng“ erschienener Band mit ebensolchen Texten der burgenländischen Roma richtet sich sowohl an romasprachige als auch an deutschsprachige LeserInnen.

Besonders der Kärntner Drava-Verlag hat sich die letzten Jahre um die Publikation von Büchern von Roma und über Sprache und Kultur der Roma verdient gemacht. Dazu gehören neben den erwähnten zweisprachigen Bänden, Grammatiken und linguistischen Studien auch deutschsprachige Bände von Mišo Nikolić die sich literarisch mit dem Leben von Roma auseinandersetzen. Es bleibt zu hoffen, dass allen Einsparungen und allem Rassismus zum Trotz, dies erst der Beginn einer kulturellen Emanzipation einer bis in die Gegenwart hinein von tödlichem Hass bedrohten Bevölkerungsgruppe ist.



- 1 siehe dazu: LEWY, Guenter: „Rückkehr nicht erwünscht“ Die Verfolgung der Zigeuner in Dritten Reich. S 231ff München, Berlin, 2001
- 2 HALWACHS, Dieter W.: *Amaro vakeripe Roman hi, Unsere Sprache ist Roman, Texte, Glossar und Grammatik der burgenländischen Romani-Variante* S 14 Klagenfurt/Celovec, 1998
- 3 ERICH, Renata M.: *Roma in Österreich* in: HALWACHS, Dieter W./MENZ, Florian: *Die Sprache der Roma, Perspektiven der Romani-Forschung in Österreich im interdisziplinären Kontext* Klagenfurt/Celovec, 1999 S 13
- 4 HALWACHS, 1998: S 16
- 5 HALWACHS, 1998: S 18
- 6 CECH, Petra/HEINSCHINK, Mozes F.: *Verschriftungsprobleme bei der Kodifizierung der österreichischen Lovara-Dialekte* in: HALWACHS, Dieter W./MENZ, Florian, 1999 S 148f
- 7 GÄRTNER-HORVATH, Emmerich: *Roma im Burgenland* in: HALWACHS, Dieter W./MENZ, Florian, 1999 S 18

Literatur:

- HALWACHS, Dieter W./ Gärtner-Horvath, Emmerich/ Wogg, Michael (Hg.) *Der Rom und der Teufel - O rom taj o beng Märchen, Erzählungen und Lieder der Roma aus dem Burgenland.* Klagenfurt/Celovec, 2000 Drava Verlag
- HALWACHS, Dieter W.: *Amaro vakeripe Roman hi, Unsere Sprache ist Roman, Texte, Glossar und Grammatik der burgenländischen Romani-Variante.* Klagenfurt/Celovec, 1998 Drava Verlag, Zalozba Drava
- HALWACHS, Dieter W./Menz, Florian: *Die Sprache der Roma, Perspektiven der Romani-Forschung in Österreich im interdisziplinären Kontext* Klagenfurt/Celovec, 1999 Drava Verlag, Zalozba Drava
- MEHR, Mariella: *Nachrichten aus dem Exil.* Klagenfurt/Celovec, 1998 Drava Verlag, Zalozba Drava
- NIKOLIC, Miso: *Landfahrer, Auf den Wegen eines Rom.* Klagenfurt/Celovec, 2000 Drava Verlag, Zalozba Drava
- NIKOLIC, Miso: ... und dann zogen wir weiter, *Lebenslinien einer Romafamilie* Klagenfurt/Celovec, Drava Verlag,

Niederlagen des Friedens*

Gespräch mit Fernando Quisquinay über die Krise der Linken in Guatemala

Vor sechs Jahren wurde mit der Unterzeichnung der Friedensverträge der 36-jährige Bürgerkrieg in Guatemala beendet. Die Guerilla gab ihre Waffen ab und wanderte ins Parlament. Heute befindet sich die Linke im Land in ihrer schwersten Krise seit der Konterrevolution von 1954.

Fernando Quisquinay ist Student der Literaturwissenschaften auf der USAC und jahrelanger Basisaktivist der ehemaligen Guerillabewegung und der AEU. Nach den jüngsten politischen Entwicklungen fühlt er sich von der URNG im Stich gelassen und macht heute gemeinsam mit anderen jungen Leuten Straßentheater, eine Literaturzeitschrift, Wandmalereien, etc.

DAS GESPRÄCH MIT
FERNANDO QUISQUINAY
FÜHRTE MARY KREUTZER
IM DEZEMBER 2001

Du bist Student auf der USAC und Teil der StudentInnenbewegung – wann begann dein politisches Engagement?

Ich kam 1991 auf die Universität – politisch aktiv war ich bereits zu Schulzeiten. 1985 während des LehrerInnenstreiks begann ich im Zuge der Zusammenstöße die Realität dieses Landes zu erkennen. Das war die Zeit, in der mir die Klassenunterschiede bewusst wurden, obwohl ich diese Erkenntnis als Konzept erst viel später lernte.

1985, nachdem Mejía Victores den General Ríos Montt geputscht hatte, besetzte das Militär die USAC eine Woche lang. Als Schüler sah ich die Bilder im Fernsehen: Die Regierung wollte beweisen, dass man auf dem Campus Waffen, subversive Propaganda, Bücher und alles was sie selbst dort hintransportierten und kameragerecht arrangierten, gefunden hatten.

Natürlich stimmt es, dass einige StudentInnenorganisationen mit der Guerilla zusammenarbeiteten, aber die Waffenlager der Guerilla befanden sich sicher nicht auf der Universität. Durch die damalige Repressionswelle organisierten wir SchülerInnen der Mittelschule uns stärker.

Wie sah euer Kampf an den Mittelschulen konkret aus?

Diese SchülerInnenbewegung gibt es schon seit

Anfang der Siebzigerjahre. Zwischen 1977 und 1978 erreichte die Bewegung einen Höhepunkt, aber auch die Repression dagegen. 1977 wurde Aníbal Caballeros, ein Schüler der öffentlichen Schule „Rafael Aqueche“, ermordet. Außerdem wurde ein weiteres führendes Mitglied der Bewegung, Robin García entführt und ist seither „verschwunden“. Nach 1975 sind viele wichtige Personen des Widerstands gegen die Militärdiktatur gefallen: Fuentes Mohr, Oliverio Castañeda de León, etc. 1984 entführte das Militär die gesamte Leitung der AEU. Auch sie sind bis heute „verschwunden“.

Man musste die Gefallenen und Verschwundenen in den politischen Organisationen wieder ersetzen und der sozialen Bewegung, die in vielen Fällen mit der Guerilla zusammenarbeitete, wieder neue Impulse geben. Diese von der Welle der Gewalt erzwungene Rotation der politischen Kader setzte sich die gesamten Achtzigerjahre fort und 1989 wurde erneut die gesamte AEU-Führung entführt. Fünf Mitglieder des Leitungsgremiums wurden mit Folterspuren am ganzen Körper tot aufgefunden, fünf weitere sind bis heute „verschwunden“. Dadurch hatte ich meinen ersten Kontakt mit organisierten KämpferInnen von

einer der vier Organisationen der URNG.

1986 war ich in der SchülerInnenvertretung aktiv und lernte zum ersten Mal die Herstellung von „Volkswaffen“, wie wir sie nannten, also Molotow-Cocktails oder jegliche Art von Waffen, die wir brauchten, um uns gegen die Angriffe von Polizeieinheiten zu verteidigen. Das führte dazu, dass unserer Gruppe die Wiedereinschreibung für das nächste Schuljahr verwehrt wurde und wir somit die Schule wechseln mussten. Danach hielt ich mich ca. 3 Jahre von militanter Politik zurück.

Hast du zuvor schon als Kind mitbekommen, was in Guatemala abgeht? Kommst du aus einem politischen Elternhaus? Gab es Diskussionen?

Nein, ich komme aus einer sehr religiösen Familie – mein Vater ist beim Opus Dei. Bei uns wurde nie über Politik diskutiert. Ich komme aus der untersten Schicht. Mein Vater ist Gärtner und meine Mutter Babysitterin in einem der reichsten Bezirke der Hauptstadt, der „Canada“ bei einer kubanischen Familie. Die krassen gesellschaftlichen Unterschiede in Guatemala lernte ich spätestens kennen, als mich die SchülerInnen der Privatschulen als „cholero“ beschimpften, ein abwertender Terminus für die Unter-

*) Das ungekürzte Interview wird in dem Buch von Thomas Schmidinger und Mary Kreutzer: 'Niederlagen des Friedens. Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador' im Sommer 2002 erscheinen.

schicht und v.a. für Hausbedienstete und Putzfrauen

1991 kamst du dann an die öffentliche und autonome Universität San Carlos, die USAC und warst in der Vorbereitung der „Huelga de Dolores“ aktiv. Dieser sogenannte „Streik der Schmerzen“, den die StudentInnen dort jährlich organisieren, ist bekannt für seine beißende Kritik an der jeweiligen Regierung.

Die „Huelga“ wurde 1898 von den StudentInnen aller Fakultäten gegründet. Sie planten eine Reihe von politisch-kulturellen Aktivitäten, die mit einem Faschingsumzug enden. Jährlich wird dabei der „Rey Feo“, der hässliche König, gewählt, der sozusagen die Armen vertritt und all das öffentlich kritisiert, was sich die Armen zwar denken, aber nicht öffentlich formulieren können. Nachdem auch immer die Regierungen hart attackiert und lächerlich gemacht werden, haben manche Diktatoren, wie z.B. Jorge Ubico versucht, die „Huelga“ zu verbieten.

Man hört oft, die „Huelga“ sei die „Mutter allen Bewusstseins“ und tatsächlich werden viele Leute im Zuge der Aktivitäten politisiert. Zugleich geschieht aber die Lächerlichmachung von Personen des öffentlichen Lebens oft mit sexistischen Anspielungen und Witzen. Hat sich dies die letzten Jahre geändert?

Zu früheren Zeiten war die „Huelga“ sehr kämpferisch und viele erinnern sich daran, dass es damals nicht notwendig war, Schimpfwörter und sexistische Anspielungen zu verwenden um Kritik zu üben. Ich glaube, dass es viel mit der Gewalt und der Repression zu tun hat, dass die StudentInnen

teilweise das Ziel vor Augen verloren und statt inhaltliche Kritik zu üben, mit sexistischen Schimpftiraden um sich werfen. Dazu kommt, dass viele Kader und erfahrene PolitaktivistInnen fielen und dadurch ständig unerfahrene AktivistInnen die „Huelga“ organisierten.

Der Karfreitagsumzug der „Huelga“ hat immer mehr an Qualität verloren. Die wenigen, die versuchten, eine sinnvolle politische Message zu artikulieren, gingen unter den Tausenden von TeilnehmerInnen leider oft unter.

Was sexistische Positionen betrifft, hat sich das etwas verändert seitdem auch mehr Genossinnen an der Organisation des Streiks mitwirken. Aber du hast schon recht, dass auch heute noch in der Öffentlichkeit stehende Politikerinnen nur auf Grundlage von sexistischen Parolen angefeindet werden.

Habt ihr in euren Zusammenhängen auch Lesekreise oder Diskussionsrunden zu politischer Theorie gehabt?

Als ich 1994 bei der Organisation der „Huelga“ mitwirkte, haben sich mir ein paar Leute aus der URNG, konkret aus dem PGT, und StudentInnen der Fakultätsvertretung der Geisteswissenschaften angenähert, um gemeinsam eine Organisation zu gründen, mit der wir bei den nächsten Universitätswahlen kandidierten. Diese compañer@s waren die ersten, die mir politische Theorie zu lesen gaben, zum Beispiel ein Buch von Aníbal Ponce über Bildung und Klassenkampf.

Unsere Gruppe gewann die Wahlen Ende '94 und mehr als über theoretische Bildung begann ich praktische Erfahrungen in der

politischen Arbeit auf Uniebene gemeinsam mit den compañer@s der anderen Fakultätsvertretungen zu sammeln. Somit erhielt ich auch den Zugang zu einer der wichtigsten Organisationen der URNG, den FAR, deren Mitglied ich wurde.

Hast du dir die FAR aus politischen Gründen ausgesucht oder war es eher zufällig, dass du nicht bei der PGT, der ORPA oder dem EGP gelandet bist?

Ich war damals StudentInnenvertreter auf der Geisteswissenschaft und da waren eben die meisten bei der

FAR. Für mich waren damals auch keine gravierenden ideologischen Unterschiede erkennbar. Es wurde vielmehr die Einheit in der URNG betont. Wenn es Konflikte gab, waren diese eher persönlicher Natur.

Welche ideologische Bildung bekamst du, als du Mitglied der FAR wurdest?

Ich begann, an Lesekreisen, die von der Generalkommandatur der URNG, aber auch von StudentInnen organisiert wurden, teilzunehmen. Wir lasen dort Dokumente über die Notwendigkeit des revolutionären

Abkürzungen:

URNG: Unidad Revolucionaria Nacional Guatemalteca, Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas. 1982 erfolgte Zusammenschluss von PGT, FAR, EGP und ORPA, seit dem Ende des Bürgerkriegs 1996 Parlamentspartei

PGT: Partido Guatemalteco del Trabajo, Guatemaltekeische Partei der Arbeit. Moskautreue Kommunistische Partei Guatemalas, ursprünglich gegen den bewaffneten Kampf, verschiedene Strömungen, die unterschiedliche Positionen in der Frage des bewaffneten Kampfes einnahmen

FAR: Fuerzas Armadas Rebeldes, Bewaffnete Rebellenische Streitkräfte. Leninistische Guerilla, die aus dem ursprünglichen bewaffneten Flügel der PGT hervorgegangen ist

EGP: Ejercito Guerrillero de los Pobres, Guerillabeer der Armen. Guevaristische Guerilla die aus der FAR hervorgegangen ist

ORPA: Organización Revolucionaria del Pueblo en Armas, Revolutionäre Organisation des bewaffneten Volkes. Sozialdemokratische Guerilla

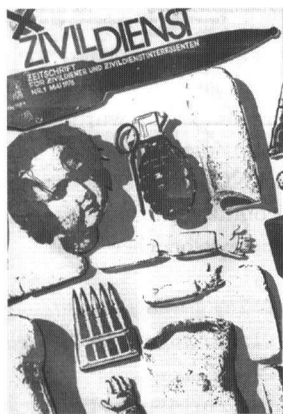
Corriente Revolucionaria: Revolutionäre Strömung. Aus der FAR hervorgegangene Strömung in der URNG, inhaltliche Unterschiede zur Mehrheitsströmung der URNG sind kaum festzustellen

Línea Institucional: Institutionelle Linie. Mehrheitsströmung der URNG bestehend aus ehemaliger EGP, ORPA und PGT. Das Exekutivkomitee (CEN) der Partei wird ausschließlich von Mitgliedern der Línea Institucional besetzt

AEU: Asociación Estudiantil Universitaria Oliverio Castañeda de León, Universitäre StudentInnenvereinigung 'Oliverio Castañeda de León'. StudentInnenvertretung der USAC.

USAC: Universidad de San Carlos. Einzige öffentliche Universität Guatemalas, seit der guatemaltekeischen "Oktoberrevolution" 1944 autonom

MINUGUA: Misión de Naciones Unidas en Guatemala, UNOMission in Guatemala. Soll die Einhaltung der Friedensverträge überwachen



Zivildienst Nr. 1, Mai 1976
Die erste Nummer, damals noch, wie es im Untertitel hieß, eine Zeitschrift für Zivildienner und Zivildienstinteressenten: 12 Seiten dünn, mit Schreibmaschine und auf einem Eigenbau-Computer der Marke Commodore produziert sowie in mühsamer Schnipselarbeit auf einem ebenfalls selbst gebautem Layouttisch zusammengebastelt – und das ging noch bis in ZAM-Zeiten so.

Volkskriegen, die ideologische Ausrichtung der FAR, usw.

Gab es in diesen Lesekreisen und überhaupt in den FAR v.a. Ladin@s oder auch Indígenas? Wie sah es mit der Beteiligung von Frauen in diesen Gruppen aus?

In meiner ersten Gruppe waren alle Ladin@s und im Lesekreis war nur eine von fünf Personen eine Frau. Im Frauensekretariat der AEU gab es zu dieser Zeit eine sehr wichtige Frauengruppe, die aus FAR-Mitgliedern bestand. Sie führten einen harten Kampf um die Teilnahme von Frauen in den Diskussionen und Entscheidungsprozessen und versuchten die Diskussion über die Gleichstellung der Geschlechter anzukurbeln. Am Anfang wurde ihrer Aufgabe nicht genügend Wichtigkeit zugestanden, aber sie schafften es, immer mehr Frauen zu organisieren und dadurch auch ein größeres politisches Gewicht innerhalb der FAR zu erreichen. Ein Beispiel: Das „Militanzteam“, eine Einheit innerhalb unserer Organisation, die für die politische Bildung zuständig war, wurde von drei Frauen und einem Mann geleitet.

Schon im ersten Jahr eurer Übernahme der AEU wurde im November 1994 Mario Alioto López Sánchez von den Aufstandsbekämpfungstruppen der Polizei während einer StudentInnendemonstration angeschossen und anschließend vor laufender Kamera so heftig verprügelt, dass er noch am selben Tag an seinen Verletzungen starb. Du hast diese Demonstration mitorganisiert. Ihr wurdet auch von vielen Linken für Euer Agieren scharf kritisiert. Was ist damals genau passiert?

Als wir die neue AEU mit dem Generalsekretär Manolo Vela 1994 übernahmen, begannen wir unsere Arbeit sofort mit massiven Protestaktionen, die sich gegen die Preiserhöhung des öffentlichen Verkehrs richteten. Wir wollten eine breite Beteiligung der Bevölkerung an den Protesten erreichen. Am zweiten November dieses Jahres begannen wir mit dem Abfackeln öffentlicher Busse und waren bis zum elften November jeden Tag auf der Straße, agitierten, errichteten Barrikaden und versuchten, in der Bevölkerung Bewusstsein über die Vorgänge zu schaffen. Die Spannung stieg täglich.

Bei einer Protestaktion an der Uni wurden einige StudentInnen sogar von Hubschraubern aus mit Tränengas angegriffen. Der Humor und die Kreativität unserer compañer@s zeigte sich, als sie spontan eine „Fliegerabwehr“ aufbauten: Sie besorgten Eisentrommeln, die normalerweise zum Abschießen von Feuerwerken benutzt werden, und wir schossen mit allem zur Verfügung stehenden auf die Hubschrauber. Aus Angst, wir könnten einen der Hubschrauber tatsächlich treffen, evakuierten wir ein nahegelegenes Mc Donald's. Danach wurden wir vor einem Tor, an dem wir Posten standen, von der Polizei beschossen. Auch ich wurde getroffen und verletzt.

Obwohl am Tag darauf die Preiserhöhungen des öffentlichen Verkehrs zurückgenommen wurden, entschieden wir, unseren Protest fortzusetzen. Bei dieser Demonstration wurde mein Freund Mario von der Polizei brutal ermordet. Ich saß verletzt vor dem Fernseher

und musste unbeweglich alles mitansehen. Das waren einige der schlimmsten Augenblicke meines Lebens.

Was die Kritik vieler Linker an unserer Vorgangsweise betrifft, muss ich sagen, dass für uns diese Demonstration völlig gerechtfertigt und notwendig war. Die Regierung hat zwar die Preiserhöhungen kurzfristig zurückgenommen, hat aber nicht mit uns verhandelt und keinerlei Garantien abgegeben, diese Preiserhöhungen nicht in Zukunft erneut zu beschließen. Außerdem wurden so viele von uns während der Proteste verletzt, dass wir es nur als Zufall betrachten können, dass nicht zuvor schon jemand im Kugelhagel der Polizei starb. Auch dagegen wollten wir noch einmal unseren Protest kundtun. Das war unser Recht und der Fehler lag somit ausschließlich bei den staatlichen Sicherheitskräften!

Dies alles geschah nach dem gescheiterten Selbstputsch von Serrano Elías als bereits der ehemalige Menschenrechtsombudsmann Ramiro de León Carpio die Präsidentschaft vom Parlament zugestanden bekommen hatte. Wurden die unmittelbar beteiligten BeamtInnen und die politisch Verantwortlichen jemals zur Rechenschaft gezogen?

Die AEU bemühte sich mit allen Mitteln, den Fall vor die Gerichte zu bringen und es kam tatsächlich zu einem Schuldspruch: Die unmittelbaren Täter wurden zu 30 Jahren Haft verurteilt und die politisch Verantwortlichen zu 10 Jahren. Ramiro war jedoch nur eine willige Marionette des Militärs und somit wurden die Häftlinge innerhalb kürzester Zeit auf freien Fuß gesetzt.

Zwei Jahre später, 1996, endete der 36-jährige Bürgerkrieg mit der Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen Regierung und Guerilla und die URNG zog mit einem linken Wahlbündnis ins Parlament ein. Wie schätzt du die erzielten Abkommen und deren mangelnde Umsetzung heute ein?

Ich bin nach wie vor überzeugt, dass die Abkommen ein gutes Instrument sein hätten können. Ich reiste damals als Teil von verschiedenen Teams in mehrere Operationsgebiete der URNG und erklärte den KämpferInnen die Inhalte der Friedensverträge. Wir sollten damals die KämpferInnen beruhigen, ihnen erklären, was nach dem Waffenstillstand und der Demobilisierung passieren würde, welche Rolle sie danach im politischen Kampf übernehmen würden. Ich sagte ihnen, dass sie Tag für Tag ihr Leben aufs Spiel gesetzt und sie absolute Priorität für uns hatten. Heute bereue ich meine Naivität, ich habe Sachen gesagt, die dann ganz anders kamen. Das heißt nicht, dass ich mich nicht mehr mit den Abkommen identifiziere, schon aber, dass die „Comandancia“ der URNG viele Fehler gemacht hat.

Welche Probleme ergab die Demobilisierung für die URNG und ihre KämpferInnen?

Die KämpferInnen stammen zum größten Teil aus einer isolierten Bevölkerungsschicht aus weit entfernten Teilen des Landes mit enormen wirtschaftlichen Problemen. Vielen ging es in Kriegzeiten besser als jetzt. Sie wussten wenigstens, dass sie für etwas kämpften. Nach der Unterzeichnung des Friedens-

vertrages haben die vier Organisationen der URNG dummerweise viele Leute rekrutiert, nur um eine gewisse Stärke vorzutäuschen und natürlich auch um an finanzielle Unterstützung, Projekte, etc. heranzukommen. So geschah es, dass in verschiedenen Operationsgebieten KämpferInnen demobilisiert wurden, die z.B. erst seit einem Monat Mitglied der URNG waren. Daraufhin erhielt so mancher einen „Minugua-Ausweis“ für demobilisierte URNG-KämpferInnen und manche schafften es bis hin zu Führungspositionen, die ihnen nicht zustanden.

Obwohl wir selbst während unserer Tour durch verschiedenen Operationsgebiete der Guerilla von den KämpferInnen extrem viel gelernt hatten, standen am Ende diese einfachen KämpferInnen als die Betrogenen da.

Wie erging es den Kämpferinnen nach 1996? Gingen die Frauen in der URNG „zurück an den Herd“?

Die Ausnahmen sind jene compañeras, die auch heute wichtige Posten in der Partei besetzen, wobei ich nicht sagen kann, wieviel Einfluss sie dort wirklich ausüben. Die Mehrheit der URNG-Kämpferinnen befindet sich heute jedoch da, wo sie bevor sie „in die Berge gingen“ waren: zu Hause, bei den Kindern oder sie überleben mit irgendwelchen Jobs.

Als Parlamentspartei hat sich die URNG nicht gerade bewährt. Auf dem jüngsten Parteitag vom August 2001, wurde zudem die Spaltung der Partei in eine „Corriente Revolucionaria“ und eine „Línea Institucional“ deutlich, obwohl inhaltliche und ideologische Unterschiede

zwischen den beiden Richtungen für Außenstehende nicht auszumachen sind.

Welche Zukunft hat eine solche URNG noch?

Ich glaube nicht, dass die URNG als Struktur, so wie sie geplant war, noch Zukunft hat. Sie wird wohl eine noch viel tiefergehende Spaltung erfahren, da der Kampf zwischen den Führungs- und Mittelkadern alle politischen Aussagen der Partei in der Öffentlichkeit überdeckt.

Vermutlich wurden viel zu viele Erwartungen in die URNG gesetzt, die sie nicht erfüllen konnte. Zur Zeit konsolidiert sich die Rechte in Guatemala und versucht eine Parteierrschaft im Stil der PRI in Mexiko zu etablieren. Anstatt diesem Versuch etwas entgegenzusetzen, zerfleischt sich die Linke momentan selbst, was wiederum nur der Rechten nutzt.

Bist du selbst noch Mitglied der URNG?

Nein, nach allem was passiert ist, wurde die StudentInnenbewegung einfach fallen gelassen, wir alle wurden im Regen stehen gelassen. Ich selbst habe meine Mitgliedschaft nie aufgegeben, wurde aber auch nie mehr in den politischen Prozess der Partei integriert. Man hat sich für uns nur noch interessiert, wenn Wahlen anstanden. Da waren wir ihnen gut genug um Werbung zu verteilen, Transparente zu malen, etc. und eigentlich will ich nicht der Arbeitssklave der Partei sein.



Gewaltfreier Widerstand 3/83
Erste und bislang letzte ausschließlich von Frauen produzierte Nummer: „Das ging allerdings nicht so ohne Schwierigkeiten, denn so mancher Mann wollte nicht einsehen, daß frau so viel auf einmal fordert ... und überhaupt, was ist dann mit dem Zivildienst ...“

Wir feiern dieses Jahr unseren runden Geburtstag!

... und darum wenden wir uns mit einem Wunsch an Euch ...

Wir, das sind die Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (25 Jahre), die Deserteurs- und Flüchtlingsberatung (10 Jahre) und damit verbunden sehr viele Menschen, welche im Laufe der letzten 25 Jahre in diesen Vereinen und den Räumen der Bürogemeinschaft Schottengasse gearbeitet haben. Wir möchten nun am Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, dem 15. Mai 2002 einerseits ein Geburtstagsfest feiern und andererseits zuvor gemeinsam verweigern...

Bevor eine Angelobung einer eigenständigen Euro-Armee von Kriegsministern oder Präsidenten durchgeführt wird, haben wir uns entschlossen, diese Zeremonie mit geeigneten (d.h. widerständigen) InteressentInnen lieber selber zu veranstalten. Die ersten Anmeldungen haben wir bereits erhalten – fünf bis sieben Vierbeiner mit sympathischem Gemüt und einem wolligen Outfit haben vor, extra zu diesem Anlass, nach Wien zu kommen. Der geeignete Ort für die Euro-Armee-Angelobungs-Verweigerungs-Zeremonie ist der Stephansplatz in der Wiener Innenstadt. Um diesen Tag entsprechend zu gestalten, brauchen wir aber ein bisschen mehr Geld, als wir gerade haben.

Und da sind wir wieder beim Wünschen ...

... wir wünschen uns einerseits, dass Ihr alle zahlreich mit uns verweigert und feiert und ...

... wir wünschen uns, dass Ihr dieses Vorhaben mit einer Geburtstagsspende unterstützt – kleine und große Spenden helfen uns weiter! Und weil's um 25 Jahre geht, sei an dieser Stelle ein kurzer Rückblick erlaubt:

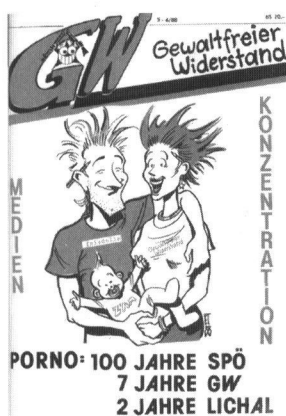
ARGE

Die Geschichte beginnt mit einer Wohngemeinschaft in den 70er Jahren. Nach dem Volksbegehren zur Abschaffung des Bundesheeres (1969) und nach der gesetzlichen Verankerung eines Wehersatzdienstes (1975) entwickelte sich aus der Wohngemeinschaft eine antimilitaristische Gruppe, welche 1977 den Verein ARGE Zivildienst gründete. Anfang der 80er wurde der Name in ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit geändert. Mit der Friedensbewegung der 80er Jahre – in dieser Zeit engagierten sich viele Menschen in der ARGE – entstand auch in Österreich eine gesellschaftspolitisch relevante außerparlamentarische Bewegung. Ein internationaler Friedensmarsch führte 1982 sternförmig von Deutschland, England und Griechenland nach Wien. Mehr als 1000 AktivistInnen bevölkerten zwei Wochen

lang die Arenawiese im Prater und veranstalteten Informations- und Protestkundgebungen.

In Österreich wurde Mitte der 80er Jahre die umfassende Landesverteidigung in Verfassungsrang beschlossen. So wurde der Zivildienst nach militärischen Kriterien neu strukturiert. In der ARGE bildete sich die Gruppe für Totalverweigerung. Immer wieder waren Inhaftierungen von oder Prozesse gegen Wehr- und/oder Zivildienstverweigerer Anlässe für Protestaktionen. 1991 startete der Aufruf zur Nichtbefolgung militärischer Gesetze und die Forderung zur Abschaffung der Disziplinarbestimmungen im Militärstrafgesetz. Den Aufruf unterstützten mehr als 1000 Personen und veröffentlichten diesen in den Medien. Die Staatsanwaltschaft sah darin die Anstiftung zu strafbaren Handlungen und die Strafverfahren gegen die einzelnen UnterzeichnerInnen haben sich über Jahre gezogen und sind bis heute nicht abgeschlossen!

Anfang der 90er Jahre wurde die Initiative „Österreich ohne Heer“ gegründet mit dem Ziel, Unterschriften für eine Heeresabschaffung zu sammeln und damit das Bundesheer zu thematisieren, sowie antimilitaristische Aktivitäten in kleinerem Rahmen zu unterstützen. Den



Gewaltfreier Widerstand 5-6/88
Die letzte Nummer. Die antimilitaristische Medienkonzentration zur ZAM führte zu größerer Themenvielfalt, die in der Nummer kritisierte Konzentration der Tageszeitungen kaum.

großen Paraden und Waffenschauen am 26. Oktober in Wien wurden Veranstaltungen mit Kulturprogramm gegenübergestellt. KünstlerInnengruppen mischten sich immer wieder unter das Publikum am Heldenplatz und initiierten kontroverse Diskussionen.

Die gegenwärtigen Aktivitäten der ARGE richten sich einerseits auf die Beratung zu allen Fragen der Wehrdienstverweigerung inklusive Zivildienst-BeraterInnenschulungen, andererseits beteiligen wir uns bzw. organisieren öffentliche Aktionen gegen Militär, Krieg und Rassismus und halten antimilitaristische Schulstunden ab.

Deserteurs- und Flüchtlingsberatung

Den Geburtstag einer Flüchtlingsberatungsstelle zu feiern ist eine zweischneidige Angelegenheit. Das Unternehmen XY kann stolz auf – sagen wir – 10 Jahre zufriedene KundInnen zurückblicken, auf konstante, ja wachsende Auftragslage, ungebrochene Nachfrage, innovative Produktentwicklung und was sich sonst noch gut macht in wohl-bekannten Festtags-Textbausteinen. Wir, als Flüchtlingsberatungsstelle – sollen auch wir stolz sein auf notgedrungenen innovative Produkte in Form noch gefinkelterer Argumentationen und kreativerer Lösungswege? Oder gar auf ungebrochene Nachfrage und steigende Auftragslage? Einzig über den Passus mit den zufriedenen KundInnen lässt sich diskutieren. Darauf lässt sich stolz sein, freilich, dass wir überwiegend durch Mundpropaganda weiterempfohlen werden, dass unsere KlientInnen tatsächlich zufrieden sind, dass viele den Kontakt auch nach Lö-

sung der größten Probleme oft nicht abreißen lassen: Postkarten aus dem neuen Exilland, e-mails aus besser ungenanntem Irgendwo, aber dort „...quite o.k. and thank you for all you did for me“.

Doch die Dankbarkeit der KlientInnen soll nicht weiter ablenken von der oben angerissenen Frage: Was gibt es eigentlich zu feiern, wenn eine – zumal nicht als Beratungsstelle, sondern als kurzfristiges Nothilfeprojekt geplante – de-facto Beratungsstelle besteht und besteht und bestehen muss? Heißt das nicht, dass über dem einen Ziel, so gut und so vielen wie nur möglich zu einer neuen Existenz zu verhelfen, das andere Ziel, das politische nämlich, zu kurz gekommen ist, zu erkennen daran, dass eben die Beratungsstelle sich nicht, nicht im mindesten selbst überflüssig gemacht hätte?

Feiern wir – zur Illustration eine anschauliche medizinische Metapher – sozusagen 10 Jahre Aspirin und zugleich 10 Jahre kranke Zähne? Für eine Antwort hierauf müssen wir zunächst untersuchen, ob a) das Grundproblem, das Flüchtlingsberatung notwendig macht, überhaupt einem kranken Zahn, mit seiner wunderbar einfachen Option des „Rausreißens“ entspricht und b) ob Beratungsarbeit tatsächlich mit bloßer Symptombekämpfung, für die das Aspirin steht, gleichzusetzen ist. Nun denn: voilà ein kurzer Abriss der letzten 10 Jahre Symptome und Gegenmittel.

Was tun wir eigentlich?

Was oben lapidar unter „so gut und so vielen wie nur möglich zu einer neuen Existenz zu verhelfen“ genannt wurde, fasst eine Fülle von Aktivitäten zusammen, die

bei der Erstberatung beginnen: „Guten Tag, mein Name ist, was führt Sie zu uns?“ – und dann folgt eine Erzählung von lebenslanger Diskriminierung oder akut gewordener Bedrohung, aus Furcht, aus Schicksalen von Freunden und Familienmitgliedern, dem die KlientInnen zu entkommen versuchten. Und darauf wiederum folgt eine Schilderung der bereits durchlaufenen Stationen: Ausland, Inland, Asylantrag 1. Instanz, Asylantrag 2. Instanz, fremdenpolizeiliche Verfahren, Aufenthaltsstatus der Familie, Scheidungsverfahren, die den Aufenthalt bedrohen, Adoptionsanträge und dergleichen mehr, in beliebiger und oft überraschender Kombination.

Erste Aufgabe der Beraterin oder des Beraters ist nun, den Überblick über den derzeitigen Stand der Dinge zu komplettieren, d.h. dass zunächst oft eine Fülle von Dokumenten, die die KlientInnen nicht oder nicht mehr besitzen, durch Akteneinsicht beschafft werden muss. Erst dann ergibt sich die Grundlage für eine sinnvolle Diskussion im Team, wie es weitergehen könnte, außer die notwendigen Schritte sind ohnehin klar ersichtlich.

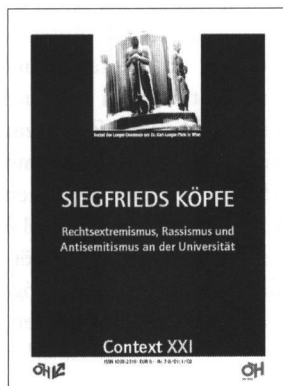
Wie es dann weitergeht, ist so verschieden, wie es unsere KlientInnen sind. Einmal sind es Rechtsmittel, dh. Berufungen („Doch, meine Furcht, ebenfalls von der Miliz der ethnischen Mehrheit in meinem Land getötet zu werden, nachdem bereits mein Bruder ermordet wurde ist begründet.“ ...), Einsprüche („Die Verwaltungsstrafe von X Euro für zweimaliges Schwarzfahren erscheint zu hoch in Anbetracht der Tatsache, dass ich als Asylwerber ohne Unter-

stützung durch die Bundesbetreuung weder staatliche Unterstützung beziehe noch die Möglichkeit habe, legal zu arbeiten und ergo keinen Fahrschein kaufen konnte...“), Anträge auf Abschiebeaufschub (da z.B. Abschiebungen in dieses Land gar nicht möglich sind und die Schubhaft den Zweck zur Sicherung der Ausreise somit ohnehin nicht erreichen könnte...). Ein anderes Mal sind es Telefonate mit Behörden, um über Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren, oder aber es müssen zunächst eine Reihe von Recherchen (gängige Praxis in diesem und jenem Spezialfall, Länderdokumentation, etc...) durchgeführt werden. Dies alles, samt der eventuell ebenfalls notwendigen Begleitung zu diversen Terminen sind Kernprozesse der rechtlichen Beratung.

Damit ist aber noch nicht die ganze Beratung beschrieben: Hinzu kommen noch Schuldenprobleme, medizinische Probleme – gerne auch in Kombination, beispielsweise wenn Unversicherten die Krankenhausrechnung für eine Operation samt dreitägigem Krankenhausaufenthalt präsentiert wird – und psychische Probleme, unter denen viele leiden, beginnend bei den obligatorischen Schlafstörungen bis zu der vollen Symptompalette posttraumatischer Störungen. Zum Glück gibt es in Wien PsychotherapeutInnen, die darauf spezialisiert sind.

Nachgefragt sind weiters Arbeit und Deutschkurse – bei letzterem können wir leichter weiterhelfen, seit etwa eineinhalb Jahren bieten wir selbst einen fortlaufenden Kurs an.

26 Jahre: Von Zivildienst bis Context XXI



Context XXI 7-8/01; 1/02 – Siegfrieds Köpfe – Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus an der Universität
Die bislang letzte Nummer – für 9,- Euro über die Redaktion zu bestellen.

Bereits ein Jahr vor Gründung der Arge Zivildienst erschien im Mai 1976 die erste Ausgabe der Zeitschrift 'Zivildienst'. Nach sechs Jahren erfolgte die erste Umbenennung in 'Gewaltfreier Widerstand' und 1989 die erste Fusionierung mit dem 'Friedolin', der Zeitschrift der Grazer Arge für Zivildienst zur 'Zeitschrift für Antimilitarismus – ZAM'. Parallel zur 'ZAM' gab die in den selben Räumlichkeiten angesiedelte EG-Opposition ab 1990 die Zeitschrift 'EuropaKardioGramm – EKG' heraus. Nachdem sich die beiden Redaktionen im Lauf der Zeit immer stärker überschritten, die finanziellen Ressourcen damals schon

immer schmaler wurden und beide Medien eine inhaltliche Ausweitung anstrebten, folgte 1996 konsequenterweise die nächste Fusionierung zur Zeitschrift 'ZOOM'. Der Inhalt der 'ZOOM' ging mit allgemein herrschaftskritischen Themen und solchen der internationalen Politik über die Schnittmenge aus 'EKG' und 'ZAM' deutlich hinaus.

Mit dem Namen 'ZOOM' nicht sonderlich glücklich und unter Klagsdrohung eines Kindermuseums gleichen Namens beschlossen wir 1999 die nächste Umbenennung in 'Context XXI' und nutzten die Gelegenheit zu einer weiteren Fusionierung mit dem unter Ressourcenmangel leidenden

Internetprojekt gleichen Namens. 2000 „schluckten“ wir ein weiteres Medium, die von der Ökoli herausgegebene 'radiX'. Nach so vielen Namensänderungen und Fusionierungen blieb noch eine Erweiterung der HerausgeberInnenschaft: Letztes Jahr kam zur (zwischenzeitig ebenfalls umbenannten) Arge für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung die österreichische Sektion der Internationalen Liga gegen Rassismus und Antisemitismus LICRA hinzu.

Die Illustrationen dieser Nummer bieten einen Streifzug durch ein Viertel Jahrhundert Zeitschriften-geschichte.

Keine SoldatInnen für die EUROArmee! – Angelobungsspektakel

Kundgebung am Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, 15. Mai 2002, 16.30 Uhr Stephansplatz!



25 Jahre ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit! 10 Jahre Deserteurs- und Flüchtlingsberatung!

Fest am Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, 15. Mai 2002, 19.30 Uhr, im Galvanischlöbl, 1210 Wien, Galvanigasse 17, erreichbar mit den Linien 26 ab Franz Jonas Platz, Floridsdorf, 36A

Deserteure der Deutschen Wehrmacht

„Mir ist das unverständlich, wie hier mit der Geschichte umgegangen wird. (...) Was ich bislang hier über die Deserteure der Wehrmacht gelesen habe, wie damit umgegangen wird, das macht mir angst und bange. Wenn ich die Leserbriefe und Stellungnahmen der Kameradschaftsverbände lese, das ist ja unglaublich.“

Ludwig Baumann, Deserteur der deutschen Wehrmacht¹

Als 1995 die Ausstellung über den Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht zum ersten Mal in Österreich gezeigt wurde und die Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit in deren Rahmen die Rolle der Deserteure und deren ausstehende Rehabilitation erstmals öffentlich thematisierte, konnte es der eingeladene Ludwig Baumann kaum fassen, welches Bild hierzulande über Deserteure und Verweigerer der deutschen Wehrmacht herrschte – und nach wie vor herrscht. Da die Vorstellung vom Deserteur als „üblen Verräter“, wie sie etwa in den Publikationen der Kameradschaftsverbände zum Ausdruck kommt², „selten zur öffentlichen Diskussion gestellt ... und deshalb unwidersprochen“ bleibt, behalte sie, wie Maria Fritsche in ihrer Arbeit über „Österreichische Deserteure aus der Deutschen Wehrmacht“³ schreibt, „im Bewusstsein breiter Teile der österreichischen Gesellschaft ihre ‚Gültigkeit‘“.

In Deutschland hatte in den 80er-Jahren eine heftige Debatte über Deserteure und Kriegsdienstverweigerer der Wehrmacht eingesetzt. Der öffentliche Druck durch die von Baumann initiierte Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz und die politische Unterstützung durch die damalige Friedenspartei der ‚Grünen‘ mündete 1998 in

einem ersten „NS-Aufhebungsgesetz“. Die damals nicht durchgesetzte pauschale Rehabilitation soll nun auf Drängen der PDS mit einem weiteren Gesetz umgesetzt werden, welches zurzeit im Bundestag beraten wird.

In Österreich hat eine solche umfassende Aufarbeitung bislang nicht stattgefunden und eine allgemeine Rehabilitation der Opfer der NS-Militärjustiz steht nach wie vor aus – trotz einiger Schritte in die richtige Richtung: Aufgrund des Engagements insbesondere von Vinzenz Jobst, Landesvorsitzender des ÖGB Kärnten, hob 1997 erst-

mals ein österreichisches Gericht unter Anwendung des bereits 1945 verabschiedeten sogenannten *Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes* ein Todesurteil der NS-Militärjustiz gegen einen Kriegsdienstverweigerer auf. Der Kärntner ‚Zeuge Jehovas‘, Anton Uran, war 1943 wegen „Wehrkraftzersetzung“ hingerichtet worden. Richtungsweisend an diesem Urteil war insbesondere, dass das Gericht auf eine *Einzelfallprüfung* gänzlich verzichtete und seinen Freispruch einzig und allein darauf gründete, dass Uran auf Grund der Kriegssonderstrafrechtsverordnung

Anmerkungen zum Stand der Debatte in Österreich und Zusammenfassung einiger Forschungsergebnisse einer neueren Arbeit über österreichische Deserteure der Deutschen Wehrmacht.

VON MARKUS KEMMERLING

- 1 „Ich wollte einfach nur leben“, in: Zeitschrift für Antimilitarismus 7/1995.
- 2 z.B. in „Die Kameradschaft“, dem Vereinsorgan der ehemaligen Waffen-SS, Nr. 1/1962: „Wir können nicht schweigen, solange bei uns Deserteure und Landesverräter höher gewertet werden als der ehemalige Frontsoldat, der Leben und Gesundheit für das Wohl seines Landes eingesetzt hat.“
- 3 Diplomarbeit an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Februar 2001.
- 4 Fritsche widerspricht dieser Einschätzung: Dass dem Gericht „die typisch nationalsozialistische Prägung der KSSVO genügt“ und es eine „Auseinandersetzung mit dem Widerstandsscharakter der Wehrdienstverweigerung“ vermied, wertet sie als „für den österreichischen Umgang mit brisanten Themen geradezu symptomatisch“. Diese Einschätzung verwundert doch etwas. Sie steht der sonstigen Position Fritsches entgegen, eine moralische Wertung hintanzustellen. Die Qualität der Entscheidung des Wiener Landesgerichts besteht ja gerade darin, sich ausschließlich auf den generellen Unrechtscharakter der NS-Militärjustiz zu stützen und damit eine pauschale Rehabilitation von Deserteuren, Wehrdienstverweigerern und anderen Opfern der NS-Militärjustiz nabezulegen. Siehe hierzu: Markus Kemmerling, Opfer der NS-Militärjustiz rehabilitiert, in: ZOOM 6/97, http://zoom.mediaweb.at/zoom_697/uran.html.



ZAM 5/90

Sondernummer zur „Initiative Österreich ohne Heer“, die nach dem Muster der „Schweiz ohne Armee“ eine Volksabstimmung zur Abschaffung des österreichischen Bundesheeres anstrebte. Die etwa 40.000 gesammelten Unterschriften wurden leider nie dem Parlament übergeben – obwohl sie nicht wie beim Volksbegehren gegen das Bundesheer von 1972 klammheimlich von Günther Nennung entsorgt wurden.

(KSSVO) verurteilt worden war. Das Gericht nahm somit implizit an, dass eine Desertion *per se* als „Handlung gegen die nationalsozialistische Herrschaft oder auf die Wiederherstellung eines unabhängigen Staates Österreich gerichtet war“, wie es das Einstellungsgesetz explizit vorschreibt⁴. In Folge wurden weitere Urteile gegen Kriegsdienstverweigerer der ‚Zeugen Jehovas‘ aufgehoben. Kurz vor der Aufhebung des Todesurteils gegen Anton Uran hatte auch das Landesgericht Berlin dasjenige gegen den einzigen weithin bekannten österreichischen NS-Kriegsdienstverweigerer, den oberösterreichischen Bauern Franz Jägerstätter, aufgehoben⁵.

Insbesondere aber dem Engagement einiger junger HistorikerInnen am Institut für Staatswissenschaft und vergleichende Gesellschafts-

wissenschaften an der Universität Wien unter der Projektleitung von Walter Manoschek (der maßgeblich an der Gestaltung der Vernichtungskriegsausstellung in ihrer ersten Fassung beteiligt war) ist es zu verdanken, dass nunmehr einerseits die Geschichte österreichischer Deserteure der deutschen Wehrmacht ausführlich erforscht und andererseits auf parlamentarischer und institutioneller Ebene Bemühungen um eine Rehabilitation und Entschädigung im Gange sind⁶.

Das Schicksal österreichischer Deserteure und Fahnenflüchtiger der Wehrmacht ist bislang nur in regionalen Einzeldarstellungen oder einzelnen Biographien aufgearbeitet worden⁷. Das Wiener Forschungsprojekt, laut dem freiheitlichen EP-Abgeordneten Wolfgang Jung eine, offensichtlich wenig anständige, „Beschäftigungspolitik für arbeitslose linke Historiker“, unternimmt nun erstmals den Versuch einer quantitativen Erfassung der österreichischen Opfer und darauf aufbauend einer Analyse der Delikte, Verlaufsformen, Motive, Strafverfolgung etc.⁸ Bereits letztes Jahr ist mit der eingangs erwähnten Arbeit von Maria Fritsche eine erste zusammenfassende Bestandsaufnahme erschienen. Obwohl sich ihre Arbeit noch zu einem großen Teil auf Sekundärquellen stützt⁹, ist sie doch die erste Gesamtdarstellung österreichischer Deserteure der deutschen Wehrmacht. Fritsche gibt einen Überblick über und zahlreiche Beispiele für Motive und Verlaufsformen von Desertionen, Strafverfolgung und -vollzug, sowie eine Einschätzung der rechtlichen und gesellschaftlichen Stellung der Deserteu-

re im Nachkriegsösterreich.

Im folgenden möchte ich einige der zentralen Kapitel von Fritsches Arbeit zusammenfassen¹⁰.

Sozialisation der Deserteure

Den typischen Deserteur gibt es natürlich nicht. Trotzdem lässt sich eine auffallende Ähnlichkeit sowohl in der Altersstruktur als auch in der sozialen Zugehörigkeit ausmachen: Deserteure waren oft sehr jung und viele von ihnen sind in „in ärmlichen, zum Teil ‚zerrütteten‘, in jedem Fall mit bürgerlichen Vorstellungen kollidierenden Verhältnissen“ aufgewachsen. Der Historiker Norbert Haase spricht in diesem Zusammenhang von einer „auffälligen Häufung von ‚Biographien des Scheiterns‘“. So waren etwa viele Deserteure bereits wegen Bagatelldelikten wie kleinen Diebstählen oder Bettelerei vorbestraft.

Viele Deserteure waren nicht von Anfang an gegen den Krieg eingestellt. Nicht wenige trugen Auszeichnungen, verfügten über ausgezeichnete militärische Beurteilungen oder hatten sich freiwillig zur Wehrmacht gemeldet. Demgegenüber stand eine kleinere, wenn auch nicht unbedeutende Gruppe von, oft religiös motivierten, Pazifisten oder Antifaschisten. Diese Gruppe unterschied sich, so Fritsche, auch stark in der Sozialisation, indem sie oftmals in einem antifaschistischen oder religiösen Milieu aufgewachsen war.

In jedem Fall aber waren Desertionen in den überwiegenden Fällen die Tat eines Einzelnen oder einiger Weniger, organisierte Desertionen hingegen eine seltene Ausnahme: „Deserteure waren zum Großteil ausgeprägte In-

dividualisten, häufig Einzelgänger, die ihre Unabhängigkeit schätzten und die gepriesene ‚Kameradschaft‘ oftmals nur als Zwang empfanden. Derartige individualistische Persönlichkeiten störten das Bild der propagierten nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, und sie wurden deshalb von Wehrmachtjuristen in der Regel als ‚Feiglinge‘, ‚Außenseiter‘ oder ‚asoziale Menschen‘ diffamiert.“ Dies mag auch zur Erklärung der durch äußeren Druck und erhoffter Abschreckungswirkung – der „Aufrechterhaltung der Manneszucht“ – nicht ausreichend zu erklärenden Brutalität beitragen, mit welcher die nationalsozialistischen Militärrichter Deserteure verfolgten.

Motive zur Desertion

Aus dem Gesagten wird bereits klar, dass es kaum möglich ist, die unterschiedlichen Motivationen für eine Desertion zu typologisieren. Neben Sonderformen wie der Flucht aus militärischen Strafeinrichtungen und Massendesertionen in den letzten Kriegstagen unterscheidet Fritsche – grob und sich überschneidend:

- politische, religiöse oder pazifistische Motive – solcherart motivierte Deserteure waren insgesamt eine Minderheit, eine österreichspezifische Besonderheit war die Ablehnung der Annexion Österreichs durch Nazideutschland;
- „persönliche“ Gründe wie Hunger, Kälte, die Konfrontation mit dem Tod, mit Kriegsgräueln oder Erschießungen;
- „Spontanentscheidungen“ wie etwa der Wunsch, einen Lazarettaufenthalt oder Fronturlaub zu verlängern, eine kennengelernte Frau



ZAM 6/92

Im September 1992 fand ein Widerstandscamp an der ungarischen Grenze gegen die im Jahr zuvor begonnene und bis heute andauernde Flüchtlingsjagd des Bundesheers statt. An der Organisation beteiligten sich Österreich ohne Heer und die Redaktionen von EKG und ZAM.

nicht zu verlassen und ähnliche. Viele dieser spontanen Desertionen erfolgten aus Angst vor Bestrafung, woraus sich schließen lässt, „dass sich die Militärjustiz ihre Opfer selbst geschaffen hat“.

Verlaufsformen von Desertionen

Während es „so viele Beweggründe zur Desertion wie Deserteure selbst gegeben hat“, waren die Verläufe von Desertionen oft sehr ähnlich. Der Verlauf hing einerseits von den Entscheidungen des Desertierenden ab – ob er zum ‚Feind‘ überlief, sich den Partisanen anschloss, ins Ausland flüchtete oder sich versteckte –, andererseits von Rahmenbedingungen wie Einsatzort, Erfahrung und Kontakten und oft auch vom Zufall. Fritsche unterscheidet sechs typische Verlaufsformen. Über den quantitativen Anteil der verschiedenen Formen lassen sich aufgrund bislang fehlender Forschungsergebnisse kaum Aussagen treffen.

Als eine im Gegensatz zu den meisten anderen Formen der Desertion „aktive Widerstandshaltung“ klassifiziert die Autorin das Überlaufen zum Gegner. Es sei aber fraglich, inwieweit die seit Kriegsbeginn massenhaft von den Alliierten abgeworfenen Flugblätter, in denen Soldaten zum Überlaufen aufgefordert wurden, die individuelle Entscheidung zur Desertion beeinflusst habe. Während viele Soldaten vor einem Überlaufen zur Roten Armee zurückschreckten, galt die US-Armee als milde im Umgang mit Kriegsgefangenen. In Frankreich starben viele übergelaufene Soldaten, nachdem sie von der Vichy-Regierung an die Gestapo ausgeliefert worden waren. Andere wurden

noch in Gefangenennagern nach einer Verurteilung durch die berüchtigten Femeegerichte hingerichtet, welche die Alliierten oftmals ungehindert agieren ließen.

Soldaten, die in den besetzten Gebieten untertauchten, wurde sehr oft von ZivilistInnen geholfen, die sich dadurch großen Gefahren aussetzten, da Fluchthilfe streng bestraft wurde, etwa mit Zuchthaus oder der Einlieferung in ein Konzentrationslager. Auf der anderen Seite wurden aber auch viele Deserteure Opfer von Denunziationen von Nachbarn oder fanatischen NationalsozialistInnen. Insbesondere in Jugoslawien, Italien, Griechenland und Polen schlossen sich zahlreiche Deserteure PartisanInnengruppen an, von welchen sie wegen ihrer militärischen Erfahrung und Ausrüstung gerne aufgenommen wurden. Nicht wenige Deserteure starben daher auch im Kampf gegen die Deutsche Wehrmacht. In dem in Griechenland und am Balkan eingesetzten Bewährungsbataillon 999 kam es zu einer der wenigen gemeinschaftlich organisierten Überlaufaktionen.

Obwohl viele Deserteure auf der Flucht gefasst wurden, gelang einigen die Flucht ins neutrale Ausland. Während sie in Schweden relativ sicher waren, war der Umgang mit Flüchtlingen in der Schweiz wesentlich restriktiver. Nach einem Bundesratsbeschluss von 1939 von der Abschiebung ausgeschlossen, schob die Schweiz in der Praxis dennoch Deserteure ebenso wie jüdische Flüchtlinge an Nazideutschland ab und schickte sie so in den sicheren Tod.

Die vielleicht größte Gruppe versuchte, in der be-

setzten Heimat unterzutauchen, wo sie durch Angehörige oder Bekannte versteckt wurden. In den Alpen boten oftmals die unwegsamen Bergregionen Schutz vor der Entdeckung¹¹. Der soziale Zusammenhalt unter den DorfbewohnerInnen schützte zum Beispiel ein 1943 in Vompelloch in Tirol entstandenes Deserteurslager vor Entdeckung. Die Anzeige ei-

nes reichsdeutschen Urlaubers, der die in abgelegenen Jagdhütten und anderen Verstecken Untergekrochenen entdeckt hatte, wurde von örtlichen Kriminal- und Gendarmeriebeamten einfach als Lüge bezeichnet und zurückgelegt. Auf Grund der ab 1944 angewandten Sippenhaftung wurden Angehörige von Fahnenflüchtigen aber auch dann verhaftet

5 Siehe hierzu: Manfred Messerschmidt, *Aufhebung des Todesurteils gegen Franz Jägerstätter*, in: ZOOM 7/97, http://zoom.mediaweb.at/zoom_797/messerschmidt.html. Im Gegensatz zum Wiener Gericht führte das Berliner eine sehr genaue Einzelfallprüfung durch und würdigte z.B. die Bereitschaft Jägerstätters, als Sanitätssoldat zu dienen. In diesem Zusammenhang beachtenswert ist die intensive Debatte um eine pauschale Rehabilitierung in Deutschland in den 90er Jahren. Bemerkenswert ist auch, dass das Urteil gegen Jägerstätter in Berlin aufgehoben wurde. Rein juristisch wäre eine Aufhebung dieses Urteils in Österreich auf Basis des Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes vermutlich ebenso möglich gewesen.

6 Siehe den ausführlichen Beitrag von Hannes Metzler auf S.18-22 und den Beitrag von Walter Manoschek und Maria Fritsche auf S.23.

7 Siehe z.B. Markus Kemmerling, *Deserteur*, in: ZOOM 3/97, http://zoom.mediaweb.at/zoom_397/deserteur.html, oder aktuell die Darstellung der Desertion Richard Wadanis in Falter 15/02: Nina Weissensteiner, „Komm, wir hauen ab!“, sowie Marianne Enigl und Christa Zöchling, *Der kleine Soldat*, profil 15/2002.

8 Eine vergleichbare, sich auf die Opfer konzentrierende Untersuchung gibt es bislang auch international nicht. Die deutsche Forschung etwa hat sich, so der Historiker Wolfram Wette, bislang wesentlich gründlicher mit der Militärjustiz als mit ihren Opfern beschäftigt.

9 Fritsche hat sechs lebensgeschichtliche Interviews mit ehemaligen Deserteuren geführt. Nicht nur, dass viele der Deserteure, die überlebt hatten, mittlerweile gestorben sind, ist es auch sehr schwer die jahrzehntelange Verfemten zum Reden zu bewegen. Vergleicht man dies mit dem Selbstbewusstsein, mit dem die alten „Kameraden“ und „Traditionsvereine“, in denen diese sich zusammengeschlossen haben, seit jeher auftreten, veranschaulicht dies bereits zur Genüge den unterschiedlichen gesellschaftlichen Stellenwert.

10 Soweit nicht näher ausgeführt, entstammen alle (nicht immer ausgewiesenen) Zitate der Arbeit.

11 siehe z.B. Leopold Steurer, Martha Verdorfer, Walter Pichler: *Verfolgt, Verfemt, Vergessen: lebensgeschichtliche Erinnerungen an den Widerstand gegen Nationalsozialismus und Krieg. Südtirol 1943-1945*, 2. Aufl., ed. sturzflüge, Bozen/Bolzano und StudienVerlag, Innsbruck 1997.

und eingesperrt, wenn sie an der Flucht völlig unbeteiligt waren. Die „Sippe“ rechtskräftig zum Tode Verurteilter musste laut einer Verfügung des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, „für das Verbrechen des Verurteilten mit Vermögen, Freiheit oder Leben“ haften. Deserteure, die keinen Rückhalt im sozialen Netz fanden, wurden fast ausnahmslos früher oder später gefasst und bestraft. Auch wenn es vielen Deserteuren gelang, den Krieg in Verstecken zu überleben, darf nicht übersehen werden, dass sich der Großteil ständig auf der Flucht befand.

Zu den verbreitetsten Formen, sich dem Kriegseinsatz, wenn nicht auf Dauer, so doch für geraume Zeit zu entziehen, gehörte die von den Militärgerichten extensiv geahndete *Selbstverletzung*. „Selbstverstümmelung“ galt nach der KSSVO als „Wehrkraftzersetzung“, wegen der etwa 3.000 Todesurteile gefällt wurden. Die selbst zugefügte Schussverletzung, der sogenannte „Heimatschuss“, die herbeigeführten Arm- und Beinbrüche und zahlreiche andere Formen der Selbstverletzung – die so verbreitet waren, dass sich laut Fritsche sogar „lokal unterschiedliche Selbstverstümmelungsbräuche“ wie die „Simmeringer“ oder „Erdberger“ Variante herausbildeten – veranschaulichen wie kaum eine andere Form der Entziehung die Angst vor dem Fronteinsatz.

Schließlich entzogen sich allein etwa 25.000 deutsche Wehrmachtangehörige dem Fronteinsatz oder der Bestrafung durch Suizid. Missglückte dieser, wurde er ebenfalls als „Wehrkraftzersetzung“ verfolgt und bestraft.

In Hinblick auf von Vereinigungen wie den Kameradschaftsbünden hochgehaltenen Mythen ist auf zwei Fakten besonders hinzuweisen: Im Gegensatz zur Behauptung, Deserteure hätten ihre Kameraden „im Stich gelassen“ erfolgten etwa drei- bis fünfmal mehr Desertionen aus dem Ersatz- denn aus dem Feldheer. Die Mehrzahl desertierte im Hinterland, nicht an der Front.

Viele Deserteure haben sich Bagatelldelikte zuschulde kommen lassen, doch kann von Schuld in diesem Zusammenhang kaum die Rede sein: Die kleinen Diebstähle, Unterschlagungen etc. dienten fast immer dem eigenen Überleben auf der Flucht. Die Zahl der schweren Gewalttäter unter den mitunter als „Kriminelle“ Denunzierten¹² war marginal.

Nach Kriegsende: Fortgesetzte Verfemung

Nicht zuletzt der Wettlauf der Parteien um die „Ehemaligen“ führte dazu, dass diese nach Kriegsende sehr rasch wieder in die Gesellschaft integriert waren. Nicht wenige von ihnen erklommen hohe Positionen in Verwaltung und Politik, unter ihnen auch einige jener Militärrichter, die der NS-Unrechtsjustiz ihr tödliches Gesicht gegeben hatten. Als Folge dieser personellen und ideellen Kontinuitäten blieben Wehrdienstverweigerer, Fahnenflüchtige und Deserteure über das Kriegsende hinaus bis heute verfemt. Schlimmer noch, internalisierten viele von ihnen die Vorstellung, sie seien „Feiglinge“ und „Verräter“ gewesen¹³.

Fritsche unterscheidet fünf Argumentationsmuster, in welchen die von den NationalsozialistInnen gepräg-

ten Stereotypisierungen und Vorurteile gegenüber Deserteuren in der Zweiten Republik fortlebten:

Der Vorwurf, Deserteure seien „Feiglinge“ gewesen¹⁴, ist, so Fritsche, das „Produkt einer Verbindung traditionellen Obrigkeitsdenkens mit nationalsozialistischen Idealen“, denn: „Mit der Diffamierung von Deserteuren als ‚feige‘ oder ‚treulos‘ versuchte die nationalsozialistische Propaganda den ‚Werbe-‘ bzw. Nachahmungseffekt von Wehrdienstentziehungen einzudämmen.“

Die Charakterisierung des Deserteurs als „Vaterlandsverräter“, der einen „Treubruch gegenüber dem Führer, den Kameraden und der Heimat“¹⁵ begeht, wurde nach Kriegsende nur leicht modifiziert, indem der „Führer“ keinen Eingang mehr in die Verratsvorwürfe fand. In diesem – im übrigen in direktem Gegensatz zum Mythos von Österreich als „erstem Opfer“ Nazideutschlands stehenden – Bild wird der Deserteur zum Sündenbock all jener Wehrmachtsoldaten, die den verlorenen Krieg als persönliche Niederlage erlebten und nach 1945 in den Kameradschaftsbünden die ihnen genommenen nationalsozialistischen Ziele mit einer Mythologisierung der Frontkameradschaft kompensierten.

Der Vorwurf, *keine Widerstandskämpfer* gewesen zu sein, spricht nicht nur dem „sogenannten ‚einfachen‘ Soldaten ... a priori politische Zielvorstellungen oder moralisch-politische Wertmaßstäbe ab“, er übersieht auch, „dass die zahlreichen Desertionen, unabhängig von ihrer Motivation, durchaus politische Auswirkungen hatten, weil sie zur

Destabilisierung der Wehrmacht beitrugen“.

Zu behaupten, Desertionen seien *in allen Staaten strafbar*, wie es etwa der derzeitige Sozialminister tut, leugnet den generellen Unrechtscharakter des NS-Regimes und vertuscht die schrecklichen Auswirkungen der NS-Militärjustiz mit ihren über 20.000 vollstreckten Todesurteilen.

Der „wesentliche Grund, wieso bis heute in Österreich eine Rehabilitierung nicht durchsetzbar war“, ist aber die Befürchtung, dass eine solche *all jene Soldaten, die „nur“ ihre „Pflicht“ erfüllten*, ins Unrecht setzt. Ludwig Baumann: „Niemand wollte akzeptieren, dass mit der Wiederherstellung unserer Würde die Wehrmacht an sich ins Unrecht gesetzt würde. Das war aber die logische Konsequenz aus dieser Entscheidung.“¹⁶ Prominenter Vertreter dieser Position ist Verteidigungsminister Herbert Scheibner: „Vielmehr geht es darum, daß wir es *nicht zulassen* können, daß eine Generation, die sich immer weniger zur Wehr setzen kann, Schritt für Schritt pauschal diffamiert und kriminalisiert wird! ... In diesem Punkt haben wir zu differenzieren und die Generation unserer Väter und Großväter zu verteidigen!“¹⁷

Ausstehende Rehabilitierung

Aufgrund des Tilgungsgesetzes von 1952 zwar nicht mehr vorbestraft, dauerte es über 50 Jahre, bis der erste Kriegsdienstverweigerer gerichtlich rehabilitiert wurde. Die meisten sind es bis heute nicht, (geringfügig) finanziell entschädigt bislang ein Einziger. Anders als jenen, die bis zum Schluss in Wehrmacht oder

Waffen-SS ihre „Pflicht“ erfüllten, wird den Opfern der NS-Justiz nicht einmal ihre Haftzeit als Ersatzzeit auf die Pension angerechnet. Anspruch auf Leistungen aus dem Opferfürsorgegesetz von 1947 haben sie oder ihre Angehörigen keinen.¹⁸

Auch der NS-Opferfonds lehnt bislang Entschädigungsanträge in aller Regel ab. Lediglich der Vorarlberger Deserteur August Weiss bekam letztes Jahr nach zähem Ringen im zweiten Anlauf eine kleine Entschädigung zugesprochen.¹⁹ Nach wie vor macht der Fonds eine Anerkennung davon abhän-

gig, dass zu einer Desertion andere Gründe hinzu kommen: „Nicht jeder Deserteur aus der Wehrmacht“, so Fondsvorsitzender und Nationalratspräsident Heinz Fischer, „ist automatisch ein Opfer des Nationalsozialismus.“²⁰ Das Bewusstsein über den generellen Unrechtscharakter der NS-Militärjustiz, der „größten und blutigsten juristischen Verfolgung der ganzen deutschen Geschichte“ (Baumann), ist in Österreich noch nicht einmal bei der Sozialdemokratie angekommen.

Trotz der wenigen Erfolge der letzten Jahre im Be-

mühen um Rehabilitierung gehört viel Optimismus dazu, darauf zu hoffen, dass die wenigen österreichischen Opfer der NS-Militärjustiz, die überlebt haben und heute noch leben, ihre generelle Anerkennung noch erleben werden. Der wesentliche Unterschied zum Stand der Debatte in Deutschland ist dabei nicht einmal die fehlende gesetzliche Rehabilitierung und Entschädigung, sondern die weitgehend fehlende gesellschaftliche Akzeptanz. Alle Bemühungen um eine institutionelle Anerkennung zielen ja letztlich auf eine gesellschaftliche. Bleibt diese aus,

ist auch erstere von fragwürdigem Wert²¹. Während es der Vernichtungskrieg-Ausstellung gelungen ist, die Selbstverständlichkeit des Bildes von der „sauberen“ Wehrmacht nachhaltig zu beschädigen, kann dies von der in Kontinuität zur NS-Ideologie stehenden Vorstellung von Fahnenflüchtigen und Wehrkraftzersettern als „Feiglinge“ und „Vaterlandsverräter“ keineswegs behauptet werden. Im Gegenteil: Sie ist offizielle Position von Ministern der derzeitigen Bundesregierung²².

12 So nannte z.B. der Sprecher der Österreichischen Offiziersgesellschaft, Oberst Herbert Bauer, noch 1999 "Flucht vor der Konsequenz eines selbstgesetzten Verbrechens" als eines der beiden Hauptmotive für eine Desertion.

13 Siehe z.B. die in Steurer et al. (FN 12) zitierte Aussage einer Deserteurswitwe noch 1991: "Was wollen Sie denn von mir wissen, mein Mann war ja doch nur ein Verräter." Oder auch Ludwig Baumann in ZAM 7/1995 (s. FN 1): "Auch nach dem Krieg sind wir als Feiglinge, Dreckschweine, und Vaterlandsverräter diskriminiert, beschimpft und auch bedroht worden. So lange, bis wir es selber geglaubt haben."

14 So z.B. der Brigadier des österreichischen Bundesheeres, Rolf Ursik, zu Franz Jägerstätter: „Pazifismus ist ein Synonym für Feigheit.“ Zitiert nach ZAM 7/1995, s. FN 1.

15 Großadmiral Dönitz in einem Erlass aus dem Jahr 1943.

16 In: Falter 21/1999. Man beachte den Unterschied: Während Baumann von der Wehrmacht als Institution spricht, wird dies von den GegnerInnen einer pauschalen Rehabilitierung ausschließlich in der Weise rezipiert, dass eine solche alle Wehrmachtssoldaten pauschal kriminalisiere.

17 Parlamentsprotokoll, Nationalrat, XX.GP, 180. Sitzung, http://www.parlinkom.gv.at/pd/pm/XX/NRSP/NR-SP_180/NRSP_180.html.

Die von Scheibner geforderte „Differenzierung“ haben zum Beispiel jene Rechtsextremen vorgenommen, die am 13. April am Wiener Heldenplatz gegen die Vernichtungskriegsausstellung demonstrierten und ein großes Transparent mit den Worten „Großvater, wir danken Dir!“ mitführten.

18 „Mir ist kein Fall von Desertion bekannt, in dem wir eine Entschädigung gezahlt hätten.“, so ein Sprecher des Sozialministeriums 1997. Im Vergleich dazu dürfen Deserteure in Deutschland seit einem Grundsatzurteil des Bundessozialgerichts 1991 nicht von einer Entschädigung ausgeschlossen werden. Ebenso wurden dort die seit dem „NS-Aufhebungsgesetz“ von 1998 möglichen Entschädigungen auf Grund

von Einzelfallprüfungen in allen Fällen positiv erledigt.

19 Zu Weiss siehe profil 15/02 oder Fritsche, s. FN 3. Zwei Dutzend weitere Anträge wurden vom NS-Opferfonds abgelehnt.

20 derStandard.at, 11.4.2002, <http://derstandard.at/>

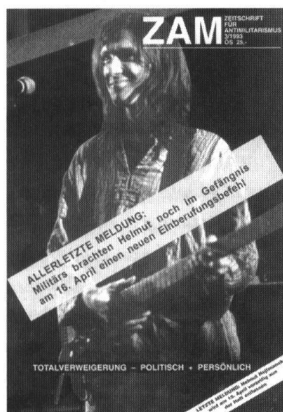
21 Und es ist eben die gesellschaftliche Anerkennung, die die Gegner einer Rehabilitierung verhindern wollen. Der freiheitliche Justizsprecher Harald Ofner 1999 in der Debatte um den Entschließungsantrag der Grünen unter Bezug auf das Einstellungs- und Aufhebungsgesetz aus 1945: "Es ist damals nämlich nicht so gewesen, daß man davon ausgehen konnte, daß man den Hinterbliebenen oder gar den Betroffenen immer eine Freude bereiten würde, wenn man von Amts wegen darstellen würde, daß zum Beispiel der Großvater nicht gefallen ist, sondern daß er als Deserteur sein Leben lassen mußte. (...) (Beifall bei den Freiheitlichen.)" (siehe FN 17).

22 Es ist meine Überzeugung, dass diese tradierten Vorstellungen nur in einer offenen und direkten Auseinandersetzung mit ihren ProponentInnen bekämpft werden können - und sie gehören bekämpft. In diesem Zusammenhang bedauerlich ist, dass die Redaktion von Context XXI oder auch die Wiener Grünen unter Berufung auf weitgehend formale Argumente wie: einem Vertreter der extremen Rechten darf kein Podium gegeben werden, mehrheitlich nicht bereit waren, die dieser Debatte gewidmete Podiumsdiskussion am 15. Mai mitzutragen. Während Deserteuren wie Ludwig Baumann oder Richard Wadani gerade diese Auseinandersetzung ein Anliegen ist, drohte die Veranstaltung bereits an der Angst der Linken zu scheitern, ihre Argumente könnten gegenüber der extremen Rechten nicht bestehen. Auffällig ist, dass eine solche Auseinandersetzung von fast allen befürwortet wird, die sich etwas intensiver mit der Thematik beschäftigt haben. Den Umkehrschluss lasse ich unausgesprochen im Raum stehen.

Österreichische Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit

Entstehungsprozess und politische Hintergründe des Forschungsprojektes

VON HANNES METZLER*



ZAM 3/93

Immer wieder am Cover: Österreichs bekannteste Totalverweigerer, die Musiker Helmut Heijtmanek und Christof Kurzmann. Die Protest- und Solidaritätsgruppen, die sich für die Totalverweigerer einsetzten, brachten immer wieder neue AktivistInnen in die Arge Wehrdienstverweigerung.

*) Hannes Metzler studiert Politikwissenschaft in Wien und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsprojektes „Österreichische Opfer der NS-Militärjustiz“

Ausgangspunkt des vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Auftrag gegebenen Projekts „Österreichische Opfer der nationalsozialistischen Militärgerichtsbarkeit“ war die am 14. 7. 1999 verabschiedete Entschließung des österreichischen Nationalrats: *„Die Bundesregierung wird ersucht, ehestmöglich die historische Aufarbeitung der Verurteilungen von Österreichern durch die nationalsozialistische Militärgerichtsbarkeit einschließlich des Reichskriegsgerichtes Berlin, insbesondere nach der Kriegssonderstrafrechtsverordnung, zu veranlassen und zu fördern sowie nach Vorliegen der Forschungsergebnisse für die Herbeiführung von Gerichtsbeschlüssen im Sinne des § 4 des Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes, StGBL. Nr. 48/1945, und nach Möglichkeit für die Verständigung der Hinterbliebenen hievon zu sorgen.“*¹

Im folgenden Beitrag wird der Versuch unternommen, den Entstehungsprozess des Forschungsprojektes und die politischen Hintergründe hierfür nachzuzeichnen und zu dokumentieren. Im Mittelpunkt der Analyse soll die Frage stehen, wie das bis zur Entschließung stark tabuisierte Thema „Opfer der NS-Militärjustiz“ (in der politischen Auseinandersetzung ging es vor allem um die Deserteure der Wehrmacht) auf

die politische Agenda kommt und anschließend mehrheitsfähig wird. Es bleibt eine Annäherung, ein Anspruch auf Vollständigkeit wird dabei nicht erhoben.²

Vorparlamentarische Phase

Im Rahmen des Seminars „Die Wehrmacht als Politikum. Ideologie - Struktur - Tätigkeit und Wirkungsgeschichte in Österreich“ unter der Leitung von Dr. Walter Manoschek kam eine Arbeitsgruppe – unter ihnen auch der Verfasser dieses Beitrages – im Wintersemester 1998/99 erstmals in Berührung mit der Thematik „Deserteure der Wehrmacht“. Mit der Tatsache konfrontiert, dass bis dato so gut wie keine österreichspezifischen Arbeiten dazu existieren, begannen Kollegin Maria Fritsche und der Autor mit Rechercharbeiten im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). Dort befindet sich ein recht umfangreicher Bestand von Kopien des Feldkriegsgerichts der Division Nr. 177. Dieser Aktenbestand, erweitert durch ein paar zusätzliche Fälle, war die Basis für erste annähernde Studien.³ In diesem Zusammenhang stießen die Mitglieder der Arbeitsgruppe erstmals auf das aus dem Jahr 1945 stammende Aufhebungs- und Einstellungsgesetz.

Parlamentarische Initiative im Nationalrat Anfrage und Anfragebeantwortung

Zur selben Zeit arbeitete der Autor bereits für den Grünen Abgeordneten zum Nationalrat, Andreas Wabl, welcher auf diese Art und Weise mit der Thematik Deserteure der Wehrmacht in Kontakt kam. Wabl stellte vorerst eine schriftliche Anfrage an den Justizminister.⁵

Die sehr ausführliche Anfragebeantwortung⁶ des damaligen Justizministers Nikolaus Michalek war erfreulicherweise klar formuliert: Der Justizminister erklärte, dass „(...) grundsätzlich davon auszugehen (sei), dass diese Verfahren (der NS-Justiz, Anm.) rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht entsprechen haben.“ Genauso klar stellte der Minister fest: „Vor dem Hintergrund der in der österreichischen Verfassungsrechtslehre herrschenden Okkupationstheorie kann man die Deutsche Wehrmacht als fremde Armee ansehen, (...)“. Und weiter: „Die heute maßgebende Rechtsauffassung geht dabei davon aus, dass sowohl die Kriegsdienstverweigerung als auch die Fahnenflucht (Desertion) angesichts des verbrecherischen Charakters des Krieges und des totalitären Anspruches des Dritten Reiches ‘gegen die nationalsozialistische Herrschaft’ gerichtet waren, auch wenn ihnen im Einzel-

nen unterschiedliche Motive zugrunde lagen.“ Die derzeitige positive Handhabung des Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes durch das Landesgericht Wien wird vom BMJ betont, und davon könne abgeleitet werden, dass es keinen unmittelbaren Handlungsbedarf für ein Gesetz nach deutschem Muster gäbe.⁷

Exkurs: Stellungnahme von Reinhard Moos

In Österreich gilt Reinhard Moos als der Experte zu dieser Thematik. Aus diesem Grund kontaktierten die Grünen ihn mit der Bitte um eine persönliche Stellungnahme zur obigen Anfrage und Beantwortung. Moos vermerkte seine persönliche Meinung betreffend einer Neuformulierung des österreichischen Aufhebungsgesetzes nach dem Muster Deutschlands.

Grundsätzlich sei eine Neuformulierung „natürlich sachlich begrüßenswert“. Er sehe jedoch keinen praktischen Bedarf, da die Handhabung des Gesetzes eine positive sei „und überdies wäre ein sehr unerquicklicher Streit im ganzen Land zu erwarten, der kaum zu einer größeren Akzeptanz des Inhalts führen würde.“ Moos machte noch einen nicht unbegründeten Hinweis auf einen wesentlichen Unterschied zwischen Deutschland und Österreich. So gab es zwar in Deutschland auch eine erbitterte Auseinandersetzung um die Rehabilitation von Wehrmachtsdeserteuren, aber es „(...) herrschte im [deutschen] Parlament immerhin Einigkeit, daß der letzte Weltkrieg an sich ein verbrecherischer Krieg Hitlers war, was in Österreich nicht in gleichem Maße alle-

mein anerkannt ist.“ Inwieweit unter solchen Bedingungen eine Neuformulierung in Österreich in Angriff genommen werden sollte, blieb von ihm unbeantwortet.

Wie allgemein bekannt ist, änderte sich die politische Konstellation seit der Entschließung des Nationalrates 1999. In seinem Beitrag für das Symposium „Gewissensfreiheit und Militärdienst“ an der Universität Graz im Februar 2000 findet Reinhard Moos nun ganz klare Worte: „Freilich wäre eine geänderte Gesetzesfassung anstelle der pragmatischen Handhabung von Vorteil, denn diese Gesetzesinterpretation kann sich unter einem anderen politischen Klima ändern.“⁸

Entschließungsantrag

Am 22. 4. 1999 brachten die Grünen folgenden Entschließungsantrag⁹ für ein generelles Aufhebungsgesetz ein, um die amtswegige Rehabilitation aller Opfer der NS-Militärjustiz ohne rechtliche Unsicherheiten zu ermöglichen.

„Der Nationalrat wolle beschließen: Alle Urteile der nationalsozialistischen Militärgerichtsbarkeit gegen Österreicher sind von Amts wegen aufzuheben. Die dafür notwendigen Mittel zur Auffindung der Opfer und Hinterbliebenen und die Aufarbeitung der NS-Militärgerichtsakten sind bereitzustellen.“

Damit begann der alles entscheidende politische Aushandlungsprozess. Im Zuge einer Plenarsitzung suchte der Abg. Wabl das Gespräch mit dem damaligen Wissenschaftsminister Caspar Einem, um eine Zusage für die Ausschreibung eines Forschungsauftrages zu bekommen, was ohne Probleme gelang. Damit war der

zweite Teil der Entschließung de facto abgedeckt, für Teil eins musste zuerst einmal Öffentlichkeit geschaffen werden.

Öffentlichkeitsarbeit - Pressekonferenz

Bei der ersten Pressekonferenz am 17. Mai 1999 kamen gerade einmal drei JournalistInnen, und das Presseecho war bescheiden.¹⁰ Dennoch schien sich langsam etwas zu bewegen. Gegenüber dem *Falter*¹¹ meldeten sich die Wehrsprecher von SPÖ und ÖVP zu Wort. Anton Gaal (SPÖ): „Die Militärjustizopfer der NS-Zeit kann man nicht mit normaler Desertion gleichsetzen. Wenn es um Leute geht, die im Widerstand gegen dieses Unrechtsregime standen, muß man zweifellos etwas tun.“ Karl Maitz (ÖVP): „Es besteht wohl gegenüber den Nachkommen dieser Men-

schen eine Verpflichtung eine Rehabilitation durchzuführen.“ Maitz verlangte jedoch schon damals, dass der Einzelfall „darstellbar“ sein müsse. Wie das in der Praxis angesichts der teilweise unvollständigen Aktenlage funktionieren sollte, blieb der Wehrsprecher im Detail schuldig. Damit gab es erstmals öffentliche Bekenntnisse der Regierungsparteien – wenn auch nach wie vor vage –, etwas für die Wehrmachtsdeserteure zu unternehmen.

Der Justizausschuss am 6.7.1999

Die Annahme des Antrages der Grünen im Justizausschuss muss als Resultat der erfolgreichen Akkordierung im parlamentarischen Vorfeld gesehen werden. Das Bundesministerium für Justiz war der Sache nicht abge-

1 *Initiativantrag*, 1070/A(E) XX. Gesetzgebungsperiode (GP) in weiterer Folge XX-209/E.

2 vgl. auch: Maria Fritsche/Thomas Walter: *Die rechtliche und gesellschaftliche Position der Wehrmachts-Deserteure in Österreich*. In: *Geschichtswerkstatt Marburg e.V. (Hg.): „Ich musste selber etwas tun“*. Deserteure - Täter und Verfolgte im Zweiten Weltkrieg. Marburg 2000, S. 209 - 217.

3 Maria Fritsche/Nina Horowitz/Hannes Metzler/Thomas Walter: *Deserteure der Wehrmacht. Seminararbeit, veröffentlicht unter <http://www.univie.ac.at/Politikwissenschaft-SoWi/forsch.htm>*; Maria Fritsche: *Österreichische Deserteure aus der Deutschen Wehrmacht*. Diplomarbeit, Wien 2001.

4 StGBI. Nr. 1945/48.

5 XX. GP.-NR 5690/J, vom 2. 2. 1999.

6 XX. GP.-NR 5377/AB, vom 30.3.1999.

7 Im Deutschen Bundestag wurde am 25.10.1998 ein Gesetz „zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege und von Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte“ verabschiedet. Veröffentlicht am 31.8.1998 im BGBl. I Nr. 58, S. 2501 f.

8 Reinhard Moos: *Recht und Gerechtigkeit. Kriegsdienstverweigerung im Nationalsozialismus und die Zeugen Jehovas*. In: Reinhard Kohlhofer (Hg.): *Gewissensfreiheit und Militärdienst*. Wien 2000, S. 105-141, hier S.139.

9 XX.GP-NR, 1070/A (E), 22.4.1999, gemäß § 26 (1) GOG.

10 *Der Standard berichtete am 18. 5. 1999, die Wiener Zeitung am 25. 5. 1999 und der Falter 21/99.*

11 *„Feiglinge und Verräter“*. In: *Falter 21/99.*

neigt und erarbeitete einen Vorschlag für die entgeltliche Fassung der Entschließung. Dieser Entwurf wurde mit zwei kleinen Änderungen am 6. 7. 1999 im Justizausschuss mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, LiF und Grünen beschlossen.

Es bleibt festzuhalten, dass es zum Zeitpunkt der formalen Behandlung auf parlamentarischer Ebene bereits so ausgesehen hat, als ob alles schon entschieden wäre. Wobei ein Umstand besonders erwähnenswert ist: An der Debatte im Ausschuss beteiligten sich vier Abgeordnete der FPÖ (Holger Bauer, Liane Höbinger-Lehrer, Wolfgang Jung, Harald Ofner), der Abg. Johannes Jarolim (SPÖ) und die Vertreterin der Grünen, Abg. Terezija Stoisits.¹² Die VertreterInnen der ÖVP haben schlicht und einfach geschwiegen, kein Wort über eine Einzelprüfung oder von Forderungen des Kameradschaftsbundes. Terezija Stoisits meinte, dass zum damaligen Zeitpunkt die ÖVP sich der Tragweite nicht bewusst war, die ÖVP-VertreterInnen hätten „paralysiert stillgehalten“.

Schließlich lehnte die FPÖ als einzige Fraktion den Entschließungsantrag ab. Ihre VertreterInnen im Justizausschuss begründeten dies wie folgt: „Als Deserteur zu sterben, sei aber in keinem Land angesehen (...) Viele Hinterbliebene wollten vielleicht gar nicht wissen, dass der Betroffene nicht gefallen, sondern als Deserteur gestorben sei.“¹³ „Schwere Bedenken gegen die Entschließung äußerte auch Abgeordneter Jung, der anführte, dass jemand, der beispielsweise seinen Kommandanten erschoss, um von Norwegen nach Schweden zu flüchten,

in seinen Augen nicht ehrenhaft sei.“ Der Abg. Bauer äußerte den Verdacht, dass mit dieser Entschließung vermittelt werden sollte, es sei „schick und o.k.“, Deserteur und Saboteur zu sein. Für die BefürworterInnen der Entschließung meinte die Abg. Stoisits stellvertretend: Sie sehe „die Entschließung (...) als Akt zur ‘historischen Hygiene’. Es sei nach wie vor so, dass Deserteure als Feiglinge, Vaterlandsverräter oder Kameradenschweine angesehen würden, (...) hier gelte es, Bewusstseinsarbeit zu leisten.“¹⁴

Nach der Beschlussfassung im Justizausschuss bekundete die mediale Öffentlichkeit ein gewisses Interesse an der Deserteursthematik.¹⁵ Der ORF brachte in der Sendung „Der Report“¹⁶ einen Beitrag, das Nachrichtenmagazin *profil* widmete der Deserteursthematik einen ausführlichen Artikel, ein Interview und eine kleine Umfrage.¹⁷ Dieser *market*-Umfrage zufolge – die wegen des Samples von nur 400 Personen vorsichtig zu bewerten ist – hielten 48% der Befragten die Rehabilitierung von Deserteuren der deutschen Wehrmacht für richtig und nur 19% für falsch, der Rest machte keine Angaben. Alles in allem kann festgehalten werden, dass so etwas wie eine kleine, öffentliche Debatte entstand, die JournalistInnen waren sich überraschend einig, der Nationalratsbeschluss wurde durchwegs begrüßt. Ausnahmen bestätigen jedoch die Regel.¹⁸

Die Vertreter des nach wie vor mitgliederstarken *Kameradschaftsbundes* wurden durch die Berichterstattung, etwas spät aber doch auf die bereits beschlossene Entschließung aufmerksam. So

meldete sich der Präsident des *Kameradschaftsbundes*, Otto Keimel – Ex-ÖVP-Mandatar – via Kurier¹⁹ „bestürzt“ zu Wort. Er werde umgehend mit ÖVP-Klubobmann Andreas Khol Kontakt aufnehmen, um seine Bedenken zu deponieren. Keimel verlangte eine Einzelfallprüfung, „weil eine Pauschal-Rehabilitierung zumindest rechtsstaatlich eigenartig wäre“, und sah durch die Entschließung die „pflichterfüllenden“ Kameraden diskriminiert. Unterstützung bekam der *Kameradschaftsbund* vom Sprecher der *Österreichischen Offiziersgesellschaft*, Oberst Herbert Bauer: „Eine Schuldfreisprechung [sic!] ist nur möglich wenn ich in jedem einzelnen Fall prüfe, warum der Wehrmachtssoldat das gemacht hat. (...) Das war entweder Flucht vor der Konsequenz eines selbstgesetzten Verbrechens oder – am häufigsten – der Wunsch, sich der Gefahr zu entziehen.“²⁰

Die positive Annahme des Entschließungsantrages konnten diese Wortmeldungen nicht mehr verhindern. Das Antilobbying setzte zu spät ein. Es bewirkte wohl, dass die ÖVP „mit Hexenkreuz“²¹ im Plenum des Nationalrates zustimmte. Plötzlich forderte die ÖVP klare Abgrenzungen, u.a. die Einzelfallprüfung.

Nationalratsplenum am 14.7.1999

Die Abstimmung über die Entschließung im Nationalrat ging am 14. Juli 1999 in der 180. Nationalratssitzung der XX. Gesetzgebungsperiode planmäßig über die Bühne. SPÖ, ÖVP, das Liberale Forum und die Grünen stimmten dem Antrag zu. Nur die ÖVP tat sich sicht-



ZAM 6/93

Während die UN-Menschenrechtskonferenz in Wien tagte, ließen wir ein 80 m2-Transparent vom Hauptportal des Stephansdoms (noch eine verspätete Entschuldigung an den von uns so schändlich hintergangenen Domkurator): "Gegen Kriegsdienst / Für totale Kriegsdienstverweigerung / Freiheit für Totalverweigerer / Asyl für Deserteure / Für eine menschenwürdigere Welt / Gruppe für Totalverweigerung".

Fotos von antimilitaristischen Aktionen wie dieser fanden sich immer wieder auf Covers.

lich schwer.

Aufgrund der proporz-mäßigen Besetzung der Ausschüsse hätte eine Ablehnung aber einen Gesichtverlust für die ÖVP bedeutet, sie käme einer totalen Brückierung der VertreterInnen im Ausschuss gleich. Folglich wurde versucht zu retten, was noch zu retten war. Zumindest für das Stenographische Protokoll sollte dokumentiert werden, dass die ÖVP die Entschließung relativieren wollte. Ihr einziger Redner(!) zur Thematik war Helmut Kukacka, der versuchte die Mitglieder des *Kameradschaftsbundes* zu beschwichtigen.²² „Die Achtung vor der Kriegsgeneration, vor den Soldaten, die glaubten, bis zum Schluß ihre Pflicht – oder das, was sie dafür gehalten haben – erfüllen zu müssen, die schwere Verwundungen erlitten haben, lange Zeit in Kriegsgefangenschaft waren oder ihr junges Leben eingebüßt haben, ihre Ehre bleibt unangetastet. Ihnen gilt auch heute noch unser Respekt!“ Auch auf die Forderung einer Einzelfallprüfung ging Kukacka in seiner Rede ein: „Deshalb kann nicht pauschal gefordert werden, daß alle Deserteure insgesamt zu rehabilitieren seien. Vielmehr muß in jedem Einzelfall geprüft werden, welche die Gründe der Desertion waren und warum sich die Soldaten so verhalten haben.“

Die Zustimmung zur Entschließung begründete Kukacka damit, dass der Zweite Weltkrieg ohne Zweifel ein Angriffskrieg war, ein vom nationalsozialistischen Regime verschuldetes Verbrechen. Zur Militärjustiz erklärte Kukacka, dass „die Mehrzahl der von der Wehrmachtsjustiz während des

Zweiten Weltkrieges (...) verhängten Urteile (...) krasses Unrecht (waren).“ Kukacka versuchte es so darzustellen, als ob der ursprüngliche, von den Grünen eingebrachte Entschließungsantrag von der ÖVP „entschärft“ worden wäre. Was, wie aus dem Bericht des Justizausschusses ersichtlich ist, nicht den Tatsachen entspricht, da sich die ÖVP überhaupt nicht an der Debatte beteiligt hatte. Der Redner der ÖVP betonte zum Schluss: „Wir wollen die Desertion moralisch nicht höher stellen als die Ableistung der Dienstpflicht, der sich die meisten Soldaten gestellt haben, weil sie es für ihre Pflicht hielten, für ihr Vaterland zu kämpfen.“

Ist Hitlerdeutschland also das *Vaterland* für die ÖsterreicherInnen gewesen? Damit würde die bisherige Praxis der selektiven Interpretation der „Moskauer Deklaration“ durch Österreich nicht mehr greifen, betonte die österreichische Politik und Justiz doch meist jene Teile der Deklaration, welche der Etablierung der „Opferthese“ Österreichs hilfreich waren.

Eine entgeltliche Bewertung der Entschließung ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Positiv vermerkt werden kann, dass erstmals das offizielle Österreich einen Schritt gesetzt hat, das Schicksal der Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit erforschen zu lassen, mit dem Ziel, die Betroffenen zu rehabilitieren. Diese politische Willensäußerung ist erfreulich, auch wenn die Rehabilitierungen und mögliche Entschädigungszahlungen zumindest für die Dauer des Forschungsprojektes ruhen. Als Schwachpunkt bleibt die Tatsache, dass sich die Gesetzeslage nicht änderte.

Weiterhin wird die Auslegung des Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes der Schlüssel zum Erfolg oder Misserfolg sein. Sollte die bisherige Praxis der Handhabung des Gesetzes beibehalten werden, kann mit einem gewissen Optimismus in die Zukunft geschaut werden.

Dass mit der Entschließung ein nachhaltiger Wandel in der öffentlichen Meinung betreffend des Bildes von Wehrmachtsdeserteuren erreicht werden konnte, muss verneint werden. Viel zu kurz war die öffentliche Debatte über die Thematik. Kurz gesagt handelte es sich um eine kleine Auseinandersetzung der politischen Elite Österreichs, und auch dort zeigte sich eine Fülle von Widersprüchen.

Resümee und Ausblick

Der Autor möchte nochmals festhalten, dass im Jahre 1999 mit einer Entschließung nicht gerechnet werden konnte. Im nachhinein wird deutlich, dass der Zeitpunkt der Beschlussfassung des Entschließungsantrages kaum besser gewählt werden hätte können. Die Einsetzung der Historikerkommission, die Debatten um Raubkunst, Arisierungen, Sammelklagen, Novelle des Nationalfondsgesetzes, die permanenten Auseinandersetzungen um die Wehrmachtsausstellung usw. können nicht direkt in Verbindung mit der Rehabilitierung der NS-Militärgerichtsoffer gesehen werden, doch hat dieses Konglomerat an Themen die Verabschiedung gravierend beeinflusst.

12 Nr. 2069 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP.

13 Harald Ofner, zitiert nach: *Parlamentskorrespondenz/GR/06.07.1999/Nr. 392*.

14 alle Zitate ebd.

15 so z.B.: *Kurier* (8./9./16.7.1999), *Der Standard* (8./15.7.1999), *Neue Kronen Zeitung* (13./22.7.1999) *Salzburger Nachrichten* (8./14./15.7.1999), *Tiroler Tageszeitung* (8.7.1999), *Die Presse* (8./15.7.1999) *Kärntner Tageszeitung* (8.7.1999), *Täglich Alles* (10.7.1999), *Falter* (21/99, 28/99, 29/99).

16 ORF „Der Report“, 20. 7. 1999.

17 Sterben für die „Manneszucht“. In: *profil* 29, 19.7.1999.

18 Wolf Martin, In den Wind gereimt. In: *Neue Kronen Zeitung*, 22. 7. 1999.

19 Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren: Bestürzung bei alten Kameraden. In: *Kurier*, 9. 7. 1999.

20 ebd. Über die Problematik der gesellschaftlichen Diffamierung vgl. Fritsche Maria: *Österreichische Deserteure aus der Deutschen Wehrmacht*. Diplomarbeit, Wien 2001, S. 94 f.

21 (c) Terezija Stoisits.

22 *Stenographisches Protokoll*, 180. Sitzung des NR der Republik Österreich, XX. GP, 14. 7. 1999: S. 195 - 197. OTS-Presseaussendung, 15. 7. 1999 und Gastkommentar: „Respekt vor den Soldaten!“ In: *Neues Volksblatt*, 19. 7. 1999.

23 Gerhard Roth: *Im tiefen Österreich*. Frankfurt am Main 1990, S. 27.

24 Reinhard Moos: *Recht und Gerechtigkeit. Kriegsdienstverweigerung im Nationalsozialismus und die Zeugen Jehovas*. In: Reinhard Koblhofer (Hg.): *Gewissensfreiheit und Militärdienst*. Wien 2000, S. 105-141, hier S.140/141.

Das Politikum der Deserteursrehabilitierung ist und bleibt – gewollt oder ungewollt – bestehen. Diejenigen Soldaten die „nur ihre Pflicht getan haben“, geraten damit zwangsläufig in ein anderes Licht. Die heutige Einstellung gegenüber der kleinen Gruppe von Wehrmachtsdeserteuren, stellt auch die Frage nach der Einschätzung der Geschichte Österreichs während der Zeit des „Dritten Reiches“. Eigentlich absurd ist der Umstand, dass trotz der viele Jahre lang gepflegten Opferthese, die Deserteure verpönt waren und zum Teil bis heute angegriffen werden. Es fällt nicht wenigen ÖsterreicherInnen nach wie vor schwer, die Deutsche Wehrmacht als fremde Armee anzusehen. Denn wie Gerhard Roth treffend schreibt: „Nicht wenige Österreicher sagen heute: ‘Wir haben den Krieg verloren’, und identifizieren sich damit nachträglich mit den

Nazis. Daß Österreich den Krieg gewonnen hat, indem die Nazis ihn verloren, ist nicht allgemeines Gut.“²³

Nachdenklich stimmt den Autor ein Zitat von Reinhard Moos, das die Forschungsarbeiten betrifft: „Wenn deren Ergebnisse eines Tages vorliegen werden, ist nicht sichergestellt, daß das Aufhebungsgesetz 1945 so großzügig interpretiert werden wird wie jetzt, so daß womöglich die Anwendung der KSSVO nicht per se als unrechtsbegründend angesehen, die religiös begründete Wehrdienstverweigerung nicht als eine gegen die nationalsozialistische Herrschaft gerichtete Widerstandshandlung anerkannt werden könnte und Deserteure von vornherein nicht einbezogen werden wie es früher in Deutschland der Fall war.“²⁴ Falls dies zuträfe, würde es den Intentionen der parlamentarischen Initiative widersprechen.

KKG Spezial 1994

Kurz vor der Volksabstimmung über den EU-Beitritt versuchten wir der auf Vor- und Nachteile konzentrierten Diskussion zwischen BeitrittsgegnerInnen und -befürworterInnen inhaltliche Argumente beizusteuern. Die Sondernummer erschien in einer Auflage von 100.000 Stück, parallel dazu erschien ein halbes Jahr lang ein wöchentliches Informationsblatt der *Euro Watch Agency*. Die Weihnachtsmänner haben ihre Geschenke mittlerweile ausgetragen.



Quellen und Literatur:

- Anfrage des Abgeordneten Wabl an den Bundesminister für Justiz. XX. GP.-NR 5690/J, vom 2. 2. 1999.*
- Anfragebeantwortung. Bundesminister für Justiz. XX. GP.-NR 5377/AB, vom 30.3.1999.*
- Bericht des Justizausschusses. 2069 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX.GP.*
- Brief an BM Caspar Einem, vom 30. 4. 1999, im Besitz des Autors.*
- Entschließungsantrag des Abgeordneten Wabl, 1070/A(E) XX. GP.-NR, vom 22. 4. 1999.*
- Gastkommentar von Helmut Kukacka: "Respekt vor den Soldaten!" In: Neues Volksblatt, 19. 7. 1999.*
- Gesetz des deutschen Bundestages: „zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege und von Sterilisationsentscheidungen der ehemaligen Erbgesundheitsgerichte“. Veröffentlicht am 31.8.1998 im BGBl. I Nr. 58, S. 2501 f.*
- „Feiglinge und Verräter“. In: Falter 21/99.*
- Maria Fritsche/Nina Horowitz/Hannes Metzler/Thomas Walter: Deserteure der Wehrmacht. Seminararbeit, veröff. unter <http://www.univie.ac.at/Politikwissenschaft-Sowi/forsch.htm>.*
- Maria Fritsche/Thomas Walter: Die rechtliche und gesellschaftliche Position der Wehrmachts-Deserteure in Österreich. In: Geschichtswerkstatt Marburg e.V. (Hg.): „Ich musste selber etwas tun“. Deserteure - Täter und Verfolgte im Zweiten Weltkrieg. Marburg 2000, S. 209 - 217.*
- Maria Fritsche: Österreichische Deserteure aus der Deutschen Wehrmacht. Diplomarbeit, Wien 2001.*
- Hürden bei Aufarbeitung der Deserteursvergangenheit. In: Oberösterreichische Nachrichten, 12. 7. 2001.*
- In den Wind gereimt. In: Neue Kronen Zeitung, 22. 7. 1999.*
- Reinhard Moos: Recht und Gerechtigkeit. Kriegsdienstverweigerung im Nationalsozialismus und die Zeugen Jehovas. In: Reinhard Kohlhofer (Hg.): Gewissensfreiheit und Militärdienst. Wien 2000, S. 105-141.*
- OTS-Presseaussendung von Helmut Kukacka, OTS143, vom 15. 7. 1999.*
- Parlamentskorrespondenz/GR/06.07.1999/Nr. 392.*
- Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren: Bestürzung bei alten Kameraden. In: Kurier, 9. 7. 1999.*
- Gerhard Roth: Im tiefen Österreich. Frankfurt am Main 1990.*
- Stellungnahme von Reinhard Moos zu Wehrmachtsdeserteuren. Brief, vom 18.4.1999, im Besitz des Autors.*
- Stenographisches Protokoll, 180. Sitzung des NR der Republik Österreich, XX. GP, 14. 7. 1999.*
- Sterben für die „Manneszucht“. In: profil 29, 19.7.1999.*

Vergessene Opfer

Die Aufarbeitung der Geschichte der Wehrmachtsdeserteure als erster Schritt zur Rehabilitierung

Um die wissenschaftlichen Grundlagen für eine Rehabilitierung zu erarbeiten, hat sich die aus sechs MitarbeiterInnen bestehende Projektgruppe zur Aufgabe gestellt, die Spruchpraxis der Militärgerichte zu analysieren und möglichst vollständig die österreichischen Opfer in einer Datenbank zu erfassen. Bislang konnten aus deutschen, tschechischen und österreichischen Archiven über 2500 Österreicher eruiert werden, die erfolgreich aus der Wehrmacht desertierten oder von Wehrmachtsgewalt wegen anderer Delikte verurteilt worden sind. Ergänzt werden die Archivrecherchen durch Interviews mit Opfern, von denen schon mehr als 20 durchgeführt worden sind.

Ein weiterer Untersuchungsgegenstand ist der gesellschaftliche Umgang mit dieser Opfergruppe nach 1945. So wird etwa untersucht, ob diese Opfergruppe materielle Entschädigungsleistungen erhalten hat – ein Aspekt, welcher angesichts der von der jetzigen Regierung beschlossenen Rentenzahlungen für österreichische Wehrmachtsangehörige, die in Kriegsgefangenschaft geraten sind, von erheblicher vergangenheitspolitischer Relevanz ist.

Im Zuge unserer Forschungen konnten wir zwei wesentliche Opfergruppen eruiert: zum einen jene Personen, die Opfer politischer Verfolgung waren, weil ihre Vergehen als Verbrechen gegen die nationalsozialistische "Volksgemeinschaft" inter-

pretiert und dementsprechend hart geahndet wurden. Zu diesen im weitesten Sinne "politischen" Delikten zählen beispielsweise Landes- und Hochverrat, Fahnenflucht, unerlaubte Entfernung, Kriegsdienstverweigerung und Wehrkraftersetzung. Bei der zweiten Opfergruppe handelt es sich um Personen, die wegen "gewöhnlicher" militärischer Verstöße bzw. "normalen" Delikten, wie z. B. Wachvergehen, Dokumentenfälschung oder Diebstahl unangemessen hart bestraft wurden und denen man auf diese Weise grobes Unrecht zufügte.

Harte Strafen für „politische“ Delikte

Rund 40 Prozent der aufgenommenen Fälle betreffen das Delikt Fahnenflucht, womit Deserteure die stärkste Gruppe im Sample ausmachen. Die bisherigen Ergebnisse bestätigen die besonders harte Vorgangsweise der Wehrmachtgerichte gegen Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und so genannte Wehrkraftsetzer, also Menschen, die sich dem Wehrdienst durch Selbstverletzung entziehen wollten oder sich kritisch über die NS-Führung oder den Krieg äußerten. Fast die Hälfte aller Urteile wegen Fahnenflucht lauten auf Todesstrafe, beim Delikt der Kriegsdienstverweigerung liegt der Prozentsatz der Todesstrafe bei mehr als 70 Prozent! Auf der anderen Seite zeigen unsere Daten, dass die Wehrmachtgerichte in bestimmten Bereichen durchaus auch angemessene und rechtsstaatlichen Grundsät-

zen entsprechende Urteile gefällt haben. Allerdings wurden teilweise auch "gewöhnliche" Straftaten wie z. B. Diebstahl mit unangemessen hohen Strafen belegt. Diese Bandbreite an Urteilsprüchen zeigt, dass die Richter einen großen Spielraum bei der Auslegung der Rechtsnormen hatten, den sie vor allem bei "politischen" Delikten zuungunsten der Angeklagten ausnutzten.

Strafvollzug als Todesurteil

Die Spruchpraxis der Wehrmachtgerichte muss immer im Zusammenhang mit dem Strafvollzug betrachtet werden, denn die Qualität des Strafvollzugs verstärkte das Unrecht, das die Militär Richter in vielen Fällen sprachen. Soldaten mit Gefängnis- oder Zuchthausstrafen kamen sehr oft in KZ-ähnliche Straflager oder zu Strafeinheiten an der Front, wo sie unter unmenschlichen Bedingungen schwerste Zwangsarbeit verrichten mussten. Um dem zunehmenden Verschleiß an Soldaten entgegenzuwirken, griff die Wehrmacht ab 1943 vermehrt auf die verurteilten "wehrunwürdigen" Straffälligen zurück, die dann nicht selten in so genannten "Bewährungseinheiten" bei gefährlichen Einsätzen ums Leben kamen. Es ist uns ein Anliegen, auch diesen bisher noch unerforschten Weg der Verurteilten durch die Instanzen des Strafvollzugs nachzuzeichnen, denn nur so lassen sich die Leiden der Opfer der NS-Militärjustiz sichtbar machen.

In Summe wurden von den Wehrmachtsgerichten wesentlich mehr Menschen zum Tode verurteilt, als vom berichtigten Volksgerichtshof. Ein im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur am Institut für Staatswissenschaft und vergleichende Gesellschaftswissenschaften der Universität Wien durchgeführtes Forschungsprojekt "Österreichische Opfer der NS-Militärjustiz" erarbeitet die wissenschaftlichen Grundlagen für die Rehabilitierung dieser bislang nahezu vergessenen NS-Opfer.

VON MARIA FRITSCHKE UND
WALTER MANOSCHKE*

*) Walter Manoschek ist A.o.Prof. an der Uni Wien und Leiter des Projekts "Österreichische Opfer der NS-Militärjustiz". Maria Fritsche ist wissenschaftliche Mitarbeiterin dieses Projekts.

Fahnenflucht in die Krankheit?

Die Militärpsychiatrie und die Behandlung der „Kriegsneurotiker“ in den beiden Weltkriegen

Der erste Weltkrieg bedeutete den massiven Einbruch des Maschinenzeitalters in die Kriegsführung. Millionen Soldaten waren einer bis dahin ungekannten Zerstörungskraft der neuen Maschinenwaffen, Granaten und Giftgase ausgesetzt.

VON HERWIG CZECH*

Die Folgen blieben nicht aus: Schon in den ersten Kriegsmonaten kam es massenhaft zu rätselhaften Nervenzusammenbrüchen und unerklärlichen körperlichen Symptomen, die sich wie eine Epidemie an allen Fronten ausbreiteten. Die Reaktion der österreichischen und deutschen Psychiater war eindeutig: Ohne zu zögern stellten sie sich in den Dienst der Kriegsführung und entwickelten brutale Therapieverfahren, um den erkrankten Soldaten die „Flucht in die Krankheit“ abzuschneiden. Die Psychoanalytiker verrieten das kritische Potenzial ihrer Theorie und leisteten ebenfalls ihren Beitrag zur therapeutischen Stabilisierung der Front.

Die Prävention psychischer Zusammenbrüche in der Wehrmacht war Teil der medizinischen Vorbereitungen zum Zweiten Weltkrieg. Daher traten die klassischen Kriegsneurosen erst relativ spät neuerlich auf. Die Behandlungsmethoden unterschieden sich nur oberflächlich von den aus dem Ersten Weltkrieg bekannten: eine Kombination aus elektrischen Folterungen, militärischem Drill und verschiedenen Suggestivtechniken. Neu war die Verschärfung für „Unheilbare“: Ihnen drohte die Überstellung ins KZ.

1914-1918

Die Symptome waren so vieltalig wie die Schrecken

des Krieges, die den Soldaten buchstäblich 'in die Glieder gefahren und dort steckengeblieben waren' (Karl Heinz Roth): Lähmungen einzelner oder mehrerer Gliedmaßen, nervöse Zukunungen oder ständiges Zittern, Taubheit, Blindheit, Stimmverlust oder auch vollständige psychische Zusammenbrüche. Gemeinsam war den Symptomen, dass sie sich auf keine organische Ursache zurückführen ließen und sie somit ein zentrales Paradigma der Neuropsychiatrie in Frage stellten.

Die Neuropsychiater reagierten mit der Durchsetzung eines neuen Modells: der Psychopathie. Die Symptome wurden zwar als psychisch verursacht anerkannt, doch als Voraussetzung wurde eine minderwertige Anlage des betreffenden Soldaten angenommen. Ein vollwertiger Mann hatte den Krieg psychisch unbeschadet zu ertragen. Wer tagelange Verschüttung oder eine Granatexplosion in unmittelbarer Nähe unverletzt überlebte, jedoch traumatische Symptome entwickelte, stand in den Augen der militärischen Hierarchie beinahe auf der gleichen Stufe wie ein Simulant oder gar ein Deserteur. In dem Krieg gegen die neurotischen Symptome, den die Psychiater nun aufnahmen, war fast jedes Mittel recht. Ein Verfahren setzte sich jedoch alsbald als besonders effektiv und vielseitig durch: die

Anwendung von Stromstößen („Faradisation“) an den betroffenen Körperteilen, die unter dem Namen „Kaufmann-Kur“ traurige Berühmtheit erlangte.

Der Psychoanalyse als junger Außenseiterdisziplin bot sich eine einzigartige Gelegenheit zur Profilierung gegenüber den Neuropsychiatern, schließlich stellte die Neurosenlehre einen der Grundpfeiler von Freuds Theorie dar. Sándor Ferenczi unterschied 1916 zwei Formen der Kriegsneurose: In der Konversionshysterie sah er die Fixierung eines traumatischen Erlebnisses in körperlichen Symptomen, während er die Angstneurose als Ausdruck eines unbewussten Konfliktes zwischen Todesangst und Pflichtbewusstsein interpretierte. Jeder politische Zusammenhang blieb dabei ausgespart. Ein weiterer prominenter Analytiker, Ernst Simmel, konzentrierte sich auf die Therapie. Er verzichtete auf jegliche Differenzierung und entwickelte eine Methode der „Schnellheilung“, die ohne langwierige analytische Behandlung auskam. Stattdessen griff er auf eine Methode der frühen Psychoanalyse zurück, die Hypnose, und kombinierte sie mit militärischem Drill.

Das uneingeschränkte Bekenntnis der Analytiker zur Priorität der „Schnellheilung“ und damit der Kriegsführung kam auch auf dem

*) Herwig Czech ist Mitarbeiter im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Forschungsschwerpunkt: NS-Medizin)

5. *Internationalen Psychoanalytischen Kongress* im September 1918 in Budapest zum Ausdruck, der die „Kriegsneurotikerfrage“ zum Hauptthema hatte. Die dort geäußerten Vorschläge waren zwar mit der Brutalität der psychiatrischen Methoden nicht zu vergleichen und sollten in diesem Krieg auch nicht mehr zum Tragen kommen. Dennoch existiert eine gewisse unheilvolle Kontinuität zur späteren „Neuen Deutschen Seelenheilkunde“ des Dritten Reiches und deren therapeutischen Selektionsverfahren im Interesse der NS-Kriegsführung.

In Wien standen sich nach dem Krieg zwei prominente Mediziner in der Frage der Kriegsneurotikerbehandlung gegenüber: Sigmund Freud und Julius von Wagner-Jauregg. Die Auseinandersetzung um die „elektrische Folter“ erkrankter Frontsoldaten hatte derart hohe Wellen geschlagen, dass sich Wagner-Jauregg als Leiter der Universitätsklinik für Psychiatrie vor der „Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen“ verantworten musste. Freud erstattete ein Gutachten, indem er Wagner-Jauregg zwar nicht direkt angriff, die Methoden der Militärpsychiater aber einer scharfen Kritik unterzog. Wenig später sollte er den treffenden Ausdruck „Maschinengewehre hinter der Front“ für die deutschen Militärpsychiater prägen.

1939-1945

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges blieben die klassischen Kriegsneurosen zunächst aus. Dabei war die Wehrmacht ungleich besser vorbereitet als die Armee im Jahr 1914. Ein umfangreiches System von Wehrmachts-

psychiatern und frontnahen Lazaretten sollte dafür sorgen, dass die „Psychopathen“ möglichst schnell erkannt und isoliert würden, bevor sie zu einer Gefahr für die Kampfdisziplin der Truppe werden konnten. Doch anstelle der bekannten (und gefürchteten) Symptome aus dem Ersten Weltkrieg traten gänzlich unerwartete neue Reaktionen auf, die die Vorkehrungen der deutschen Militärpsychiatrie gleichsam unterliefen: Magengeschwüre, Herz- und Kreislaufstörungen, Kopfschmerzen und andere psychosomatische Beschwerden.

Erst im Laufe des Russlandfeldzuges und der zunehmend schwierigeren Lage der deutschen Truppen traten die klassischen Kriegsneurosen wieder gehäuft auf. Das Reservelazarett Ensen in der Nähe von Köln entwickelte sich unter der Führung des Psychiaters Friedrich Panse zu einem regelrechten Versuchslabor, wo die altbewährten Abschreckungstechniken aus dem Ersten Weltkrieg weiterentwickelt wurden. Die Folterung mittels elektrischen Stromes zur Wiederherstellung des „Wehrwillens“ (bzw. zur Brechung des „Willens zur Krankheit“) stand wiederum im Mittelpunkt. Eine modifizierte Variante des „Kaufmann-Verfahrens“ sollte als „Pansen“ in die Geschichte eingehen.

Doch zunächst trafen die Neuropsychiater auf Widerstände. Einerseits war die von ihnen propagierte Methode so schmerzhaft, dass das Oberkommando der Wehrmacht die Behandlung nicht ohne Einwilligung der betroffenen Soldaten gestattete. Andererseits erwuchsen den Neuropsychiatern in den Psychotherapeuten rund um

das *Deutsche Institut für psychologische Forschung und Psychotherapie* mächtige Konkurrenten. Leiter des Institutes war niemand geringerer als Matthias Heinrich Göring, der Neffe Hermann Görings. Das Institut stand für den Einsatz subtilerer Therapiemethoden, wie sie vor allem gegenüber den Angehörigen der hochtechnisierten neuen Waffengattungen wie der Luftwaffe angezeigt schienen (als Beispiel sei nur das autogene Training erwähnt, das von einem Kollegen Görings als Entspannungstechnik für nervöse Kampfpiloten entwickelt wurde). Dank ihrer hervorragenden Kontakte zur NS-Führung gelang es den Psychotherapeuten, zunächst eine differenzierte Vorgehensweise in der „Kriegsneurotikerfrage“ durchzusetzen. Psychisch erschöpften Soldaten sollte zuerst Gelegenheit gegeben werden, sich in frontnahen Lazaretten zu erholen. War nach einigen Wochen keine Heilung zu erzielen, so unterschieden die Militärpsychiater zwei Möglichkeiten. Entweder handelte es sich um die Fixierung eines unbewussten Wunsches (im Sinne einer Konversionsneurose), oder um den Ausdruck einer „anlagebedingten Minderwertigkeit“ der Persönlichkeit. Im ersten Fall kamen

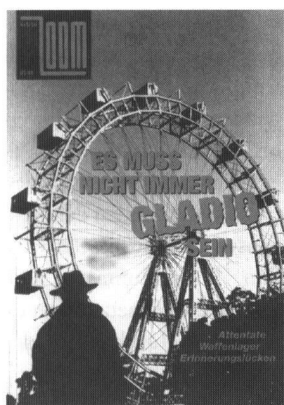
verschiedene psychotherapeutische Verfahren zur Anwendung. Die zweite Diagnose hingegen stellte eine erhebliche Gefahr für die Patienten dar, da sie dadurch den brutalen Methoden der Neuropsychiater ausgesetzt wurden. Im schlimmsten Fall drohte die Versetzung zu einem der gefürchteten Feldsonderbataillone oder die Einweisung ins Konzentrationslager.

Ende 1942 geriet diese Regelung ins Wanken. Der Kriegsverlauf an der Ostfront führte zu einem massiven Ansteigen psychischer Zusammenbrüche mit teilweise ähnlichen Symptomen wie bereits im Ersten Weltkrieg. Zumindest beim Heer setzte sich die Methode von Friedrich Panse nunmehr endgültig gegen die „weichen“ Therapieverfahren durch. Auf einer Tagung der „Beratenden Ärzte“ des Militärs im Mai 1943 brüstete Panse sich damit, dass seine Methode bei 500 Behandlungen nur in einem Fall versagt hätte.

Auch in Wien wurden „Kriegsneurotiker“ mit elektrischem Strom behandelt. Im Jahr 1944 erschien ein Sammelband über Wehrmedizin, herausgegeben vom Wiener Wehrkreisarzt Dr. A. Zimmer. Darin findet sich ein

Literatur:

- K. R. Eissler, *Freud und Wagner-Jauregg vor der Kommission zur Erhebung militärischer Pflichtverletzungen*, Wien 1979.
- Peter Riedesser/Axel Verderber, *Maschinengewehre hinter der Front. Zur Geschichte der deutschen Militärpsychiatrie*, Frankfurt am Main 1996.
- Karl Heinz Roth, *Die Modernisierung der Folter in den beiden Weltkriegen: Der Konflikt der Psychotherapeuten und Schulpsychiater um die deutschen „Kriegsneurotiker“ 1915 - 1945*, in: 1999 3 (1987), 8-75.
- Ernst Gabriel, *„Zur Behandlung einiger funktioneller Störungen“*, in: *Wehrmedizin. Kriegserfahrungen 1939-1943*, ed. A. Zimmer, III. Band: *Interne Medizin und Neurologie*, Wien 1944.



ZOOM 4+5/96 – Es muß nicht immer Gladio sein
Seit der Fusion von EKG und ZAM erscheint die Zeitschrift in unregelmäßigen Abständen als Broschüre. Aus Anlass der Entdeckung von 79 von der CIA in Österreich angelegten Waffenlagern arbeiteten wir die Rolle von Gladio in Österreich auf. Fritz Molden und der Grazer Historiker Siegfried Beer stritten sich noch einige Nummern über Moldens Rolle im Widerstand.

Beitrag von Oberstabsarzt Dr. Ernst Gabriel „Zur Behandlung einiger funktioneller Störungen“, wo 24 Fälle, vermutlich aus dem Reserve-lazarett in der Nervenheilanstalt Rosenhügel, geschildert werden: „Schütze A. W., 24 Jahre alt, durch Granateinschlag am 26. 10. 41 in unmittelbarer Nähe, teilweise durch Erde verschüttet (war ausgegraben worden); als Schreckreaktion Sprach- und Hörverlust. Wehrte sich mit Händen und Füßen gegen eine Faradisationsbehandlung und mußte dazu gezwungen werden; trotzdem volle Heilung nach einer einzigen Faradisation.“

Aus Krankengeschichten der Heil- und Pflegeanstalt

„Am Steinhof“ – einem Zentrum der NS-Euthanasie – geht hervor, dass erkrankte Soldaten mit bis zu hundert Elektroschocks, einer während des Krieges an der Wiener Universitätsklinik für Psychiatrie weiterentwickelten Methode, traktiert wurden.

Die Technisierung und Verwissenschaftlichung des Krieges macht vor den kämpfenden Körpern nicht halt. Wo der Drill nicht ausreicht, werden subtilere Techniken gebraucht, um die Leiber in immer komplexere und tödlichere Kampfmaschinen einzubauen. Der entscheidende Beitrag der Mediziner dazu ist bis heute ungenügend erforscht.

(Keine) Bilder einer Ausstellung

Der alte Mann läuft aufgebracht die Wendeltreppe des Semperdepots hinunter. „So ein Blödsinn, so ein Blödsinn, was die zeigen“, ruft er uns zu. – Ein Rundgang in der neuen Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“.

VON JUTTA SOMMERBAUER
UND THOMAS SCHMIDINGER

Liegen Wendeltreppe, Kassa und Büchertisch hinter einem, sind bereits alle thematischen Abschnitte der in nüchternem Weiß gehaltenen Ausstellung zu sehen. Der erste Eindruck: Man befindet sich in einer Bibliothek oder im Inneren eines Buches. Texte dominieren; großformatige Bilderflächen oder Schautafeln – wie in der alten Version der Ausstellung – gibt es nicht.

Angst vor Bildern

Um bildliche Darstellungen von Deportationen, Erschießungen und Strafgefangenenlagern erkennen zu können, muss man ganz nahe rangehen. Die neue „Wehrmachts-Ausstellung“ ist schon aufgrund der Art der Darstellung weniger

(an)greifbar als die erste. Das ist zugleich ihr Problem: Wer nichts von den Gräueltaten wissen will, der kann nun einfach drüber hinweglesen. Es hat den Anschein, als hätte der Medienrummel um ein paar falsch datierte bzw. beschriftete Fotografien den AusstellungsmacherInnen eine Angst vor Bildern eingebläht. Daran leidet vor allem die Vermittelbarkeit der Schau. Kein Foto ist größer als eines aus dem Kriegsphotoalbum von Großvater. Wären da nicht die Hörbeispiele und Filmausschnitte, die Ausstellung wäre ihr eigener Katalog im Großformat. Die Angst vor Bildern drücken auch die bemühten Rechtsfertigungen der AusstellungsmacherInnen aus, denen die alte Ausstellung manchmal

fast peinlich erscheint. Der Hinweis auf die Entstehung der wenigen Fehler der ersten Ausstellung ist zwar hilfreich, erscheint aber innerhalb der Schau überproportional ausgebreitet.

Völkerrechtliches Tribunal

Bei den Texten dominiert eine distanzierte, nüchterne Darstellung. Das liegt auch an den Quellen: „Subjektive“ Kriegswahrnehmungen wie Feldpostbriefe, die in der früheren Version integraler Bestandteil des Konzepts waren, sind nun in einer Ecke abseits zu hören bzw. an Bildschirmen abzulesen. Gerade diese Quellen aber bringen eindringlich die zustimmende Haltung der Wehrmachtsangehörigen zur nationalsozialistischen Ideo-

logie und den Wehrmachts-Verbrechen zum Ausdruck. In der neuen Ausstellung aber ist dies ein Randbereich – zu „subjektiv“, zu provokant? Da verlässt man sich eher aufs Völkerrecht und führt in dessen Namen ein Tribunal. Statt eines deutlichen Eingangsstatements, wie bei der ersten Ausstellung, das klarstellt, dass die Wehrmacht selbst eine verbrecherische Organisation war, empfängt einen am Eingang zur Ausstellung ein Text über die Entwicklung des Kriegsvölkerrechtes. Fast bekommt man den Eindruck, der Krieg im Osten wäre nicht so schlimm gewesen, hätte er sich nur an diese kriegsvölkerrechtlichen Normen gehalten, die etwa im Krieg gegen Frankreich eingehalten worden wären. Zwar ist es zugleich eine Stärke der Ausstellung, den Unterschied zwischen dem Krieg im Westen und dem Vernichtungskrieg im Osten herauszuarbeiten und aufzuzeigen, dass der Krieg gegen die Sowjetunion für die Führung der Wehrmacht kein „normaler“ Krieg war, sondern ein „Weltanschauungskrieg“, der durchaus auch die Vernichtung von Teilen der Zivilbevölkerung inkludierte; zugleich wird damit aber der Fokus von der Rolle der Wehrmacht im NS-Regime weg zu Detailfragen gelegt. Diese sind interessant und bei aller Textlastigkeit auch didaktisch vielseitig dargestellt, lassen aber den Gesamtzusammenhang zu schnell vergessen.

Von den Verbrechen der Wehrmacht ...

Zwar wird immer wieder auch auf die Rolle der Wehrmacht bei Massakern an Jüdinnen und Juden hinge-

wiesen, es fehlt aber ein klares Statement, dass nur die Wehrmacht das Vorrücken der BefreierInnen von Auschwitz behinderte, dass die Wehrmacht letztlich für die Aufrechterhaltung der NS-Vernichtungsindustrie, der Shoah kämpfte. Der klare Hinweis darauf, dass ohne die Wehrmacht auch die industrielle Massenvernichtung des mittel- und osteuropäischen Judentums nicht stattfinden hätte können, mag für den/die LeserIn überflüssig erscheinen, für viele BesucherInnen der Ausstellung wäre er aber notwendig. Der Mangel an solch deutlichen Statements wird umso eklatanter, als in einem Teil der Ausstellung, insbesondere die Schautafeln zum Pogrom an den Jüdinnen und Juden in Lwow ausführlich die „Vorgeschichte“ – als Massaker des NKDW – dem späteren Pogrom gegenübergestellt wird. Dem „Massaker“ des NKDW wird dabei nicht nur gleich viel Raum eingeräumt, sondern auch noch der Eindruck erweckt, das Pogrom an den Jüdinnen und Juden, das auf die Eroberung der Stadt durch die Wehrmacht folgte, wäre irgendwie doch eine Antwort darauf gewesen. Dass die vom NKDW exekutierten „Ukrainischen Nationalisten“ zum Großteil NazikollaborateurInnen waren, wird genauso wenig erwähnt, wie der Unterschied zwischen der Hinrichtung politischer Gegner und der Vernichtung um der Vernichtung willen.

... zu Verbrechen an der Wehrmacht

Den Hauptteil der Ausstellung ergänzt am Eingang ein Raum zum Thema „Handlungsmöglichkeiten“, der

Spielräume innerhalb der Wehrmacht aufzeigen soll, sowie ein Abschnitt zu den Reaktionen auf die erste Schau. Es ist auffällig, dass hier die Scheu von Bildern deutlich abgenommen zu haben scheint. Dieser Teil ist von der Aufbereitung her wesentlich aufgelockerter als der begehbbare Ausstellungskatalog der Hauptausstellung. Wenn auch das Bedürfnis nach Rechtfertigung weiterhin sichtbar ist, so sind die Reaktionen, auch jene der BefürworterInnen der Ausstellung – gewollt oder ungewollt –, sehr vielsagend. Vor allem die TV-Ausschnitte der Debatte im Deutschen Bundestag zeigen den Charakter der gegenwärtigen Diskussion als „nationale Aussprache“. Wer sich das Gespräch zwischen den Generationen – Vater (CDU/CSU), Tochter (Grüne) – anhört, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier zwar gestritten wird, das eigentliche Thema aber nicht sechs Millionen ermordete Jüdinnen und Juden und einige Millionen tote OsteuropäerInnen sind, sondern die armen kriegstraumatisierten Soldaten, die „danach“ nicht darüber geredet hätten.

Wenn die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ nicht Teil einer nationalen Gruppentherapie werden will, muss sie konfliktiv bleiben und klare Statements hervorbringen. Für alte Nazis stellt sie zwar auch so eine Provokation dar; für aufgeklärte Nachkommen des TäterInnenkollektivs bietet sie aber durchaus die Möglichkeit, sich mit der Geschichte auseinander zu setzen, sie zu historisieren und sich schließlich mit ihr auszusöhnen.

Anständige Menschen bei der Arbeit



"Und das ist eine Basis, meine lieben Freunde, die auch von uns Jungen weitergegeben wird, von der wir letztendlich auch leben. Und daher haben wir gemeinsam mit Euch die Aufgabe, etwa dafür zu sorgen, daß Ausstellungen, wie sie heute von Deutschland nach Österreich hereinkommen, um über die Wehrmacht aufzuklären, wo also plötzlich die Wehrmacht, die Teilnehmer und Angehörigen der Deutschen Wehrmacht als Verbrecher dargestellt werden. Es ist jetzt üblich! Auch bei uns in Österreich läuft eine Ausstellung mit derartigen Unterstützungen von seiten der öffentlichen Hand, denn dafür haben wir ja das Geld. Wir geben Geld für Terroristen, wir geben Geld für gewalttätige Zeitungen, wir geben Geld für arbeitsscheues Gesindel, aber wir haben kein Geld für anständige Menschen!"

ZOOM 6/96

Zunächst die 2. Seite, ab 1997 auch das Cover wird von den Künstlern dieE nOt gestaltet. - Bildtext:

„Und das ist eine Basis, meine lieben Freunde, die auch an uns Jungen weitergegeben wird, von der wir letztendlich auch leben. Und daher haben wir gemeinsam mit Euch die Aufgabe, etwa dafür zu sorgen, daß Ausstellungen, wie sie heute von Deutschland nach Österreich hereinkommen, um über die Wehrmacht aufzuklären, wo also plötzlich die Wehrmacht, die Teilnehmer und Angehörigen der Deutschen Wehrmacht als Verbrecher dargestellt werden. Es ist jetzt üblich! Auch bei uns in Österreich läuft eine Ausstellung mit derartigen Unterstützungen von seiten der öffentlichen Hand, denn dafür haben wir ja das Geld. Wir geben Geld für Terroristen, wir geben Geld für gewalttätige Zeitungen, wir geben Geld für arbeitsscheues Gesindel, aber wir haben kein Geld für anständige Menschen!“

Zitiert nach: Schnell-Info der FPÖ, 5. Jg., Folge: 30/96, Protokoll einer Vernaderung. Am Beispiel der Waffen-SS Diskussion.

"Die Friedensbewegung auf der palästinensischen Seite ist geführt von Yassir Arafat"

Uri Avnery im Gespräch

Die Zuspitzung der Lage im Nahen Osten, aber auch die deutliche Zunahme antisemitischer Anschläge und Übergriffe weltweit, hat auch in der Redaktion von Context XXI zu Diskussionen geführt. Wir wollen dabei nicht in die aufgeregte Kriegsberichterstattung bürgerlicher und linker Medien einstimmen, sehr wohl hingegen die Beleuchtung verschiedener Standpunkte aus Israel und den Besetzten Gebieten selbst, aber auch von BeobachterInnen hierzulande, ermöglichen. Mit dem folgenden Interview mit Uri Avnery, dem Gründer und der prominentesten Symbolfigur von Gush Shalom, einer der Friedensbewegungen in Israel, werden wir uns bemühen damit eine Serie von Interviews zu beginnen, in der auch andere Stimmen zu Wort kommen werden.

DAS INTERVIEW MIT
URI AVNERY FÜHRTE
THOMAS SCHMIDINGER

Was mich vor allem interessieren würde ist nicht so sehr die aktuelle militärische Lage im Kriegsgebiet, da hier teilweise auch die Informationslage alles andere als klar ist. Uns von Context XXI würde eher interessieren, wie die israelische Friedensbewegung, insbesondere Ihre Organisation Gush Shalom auf die Zuspitzung der Lage in den letzten Wochen reagiert hat.

Wir haben nicht nur auf die Zuspitzung reagiert, wir reagieren so oft wie wir können. Wir haben in den letzten zwei Wochen ein halbes Dutzend Demonstrationen gehabt. Wir sind gerade dabei für den nächsten Samstag eine sehr große Demonstration mit dem Motto „In Jenin war ein Kriegsverbrechen – wer schweigt ist ein Komplize“ und „Die Besatzung tötet uns alle“ zu organisieren.

Wir haben vor einigen Tagen einen großen Marsch nach Jenin gehabt, um dort 40 LKWs mit Medikamenten, Wasser und Lebensmitteln hinzubringen. Wir sind dort von der Armee aufgehalten worden. Die Lastwagen sind aber durchgekommen, allerdings nicht in Jenin angekommen. Wir haben eine Demonstration gegenüber der amerikanischen Botschaft gehabt, um Powell aufzufordern Sharon zu stoppen. Wir haben beinahe täglich Demonstrationen. Ich spreche hier wie gesagt über die radikale Friedensbewegung mit Gush Shalom, dem

Friedensblock, zu dem ich gehöre, an der Spitze.

Innerhalb der gesamten Friedensbewegung gibt es hier ja durchaus unterschiedliche Positionen. Wie ist denn das Verhältnis zu den Leuten von Peace Now, von denen ja einzelne Vertreter erklärt haben, dass sie zwar nicht unbedingt einverstanden mit der Politik der Regierung Sharon sind, aber aufgrund der Selbstmordattentate im Augenblick auch keinen anderen Ausweg sehen?

Peace Now macht auch Demonstrationen, aber mit einem viel gemäßigteren Ton. Peace Now lehnt es ab, über Kriegsverbrechen zu sprechen und Peace Now lehnt es ab, die Wehrdienstverweigerer in den besetzten Gebieten zu unterstützen. Aber im Großen und Ganzen demonstrieren auch sie für einen Abzug aus den besetzten Gebieten und gegen die Politik von Herrn Sharon.

International hat ja die Zuspitzung der Lage dazu geführt, dass antisemitische Gruppierungen dazu übergegangen sind, offene Angriffe auf jüdische Einrichtungen durchzuführen. Vor allem in Frankreich sind eine Reihe von Attentaten auf Synagogen und jüdische Institutionen verübt worden, wie weit die Angriffe auf eine Synagoge in Kiew damit zu tun haben, wissen wir noch nicht. Da Antisemitismus nie aufgrund des

realen Verhaltens von Jüdinnen und Juden ausgelöst werden kann, sondern eine pathologische Projektion darstellt, kann sicher niemand durch die Politik der israelischen Regierung antisemitisch werden. Antisemitische Gruppen in Europa oder in der Islamischen Welt scheinen aber doch verstärkt auch zu antisemitischen Handlungen zu greifen. Ist das in Israel auch ein Thema, ist das auch ein Thema in der Friedensbewegung? Gibt es darauf auch eine Reaktion von Gush Shalom?

Wir sagen, dass die Politik von Herrn Sharon die Juden auf der ganzen Welt bedroht. Das ist aber keinerlei Rechtfertigung für diese abscheulichen und ekelhaften Antisemiten, die ja im Grunde genauso rassistisch und menschenfeindlich sind wie gewisse Elemente hier in Israel. Wir warnen unsere arabischen Freunde und alle Leute die mit der palästinensischen Sache sympathisieren, auch nur den allergeringsten Anschein zu nehmen, dass sie sich irgendwie durch Antisemiten unterstützen lassen wollen. Die Antisemiten sind die größten Unterstützer der radikalen Elemente in Israel. Die größten Feinde der Araber in der Welt sind die Antisemiten. Die Antisemiten treiben die Juden nach Palästina.

Hier in Österreich und Deutschland gibt es seit dem elften September eine zuneh-

mende Zusammenarbeit zwischen Teilen der Neonaziszene mit islamischen Fundamentalisten und Palästina-Unterstützern. Innerhalb der Linken läuft eine heftige Diskussion, wie mit der österreichischen und deutschen Geschichte, mit der Tatsache, dass unsere Vorfahren für die Shoah verantwortlich waren, überhaupt etwas zum Nahost-Konflikt gesagt werden kann und soll, bzw. wie wir damit irgendwie umgehen sollen.

Was würden Sie als jemand, der in Deutschland aufgewachsen ist und vor den Nazis nach Palästina geflüchtet ist, zu dieser Frage sagen?

Nazis und Antisemiten überhaupt sind die besten Freunde der rechtsradikalen Elemente in Israel. Sie unterstützen ja genau das, was die Rechtsradikalen bei uns wollen, die Juden aus der ganzen Welt nach Israel treiben. Jede antisemitische Ausschreitung ist doch einer der schlimmsten Akte gegen die palästinensische Gesellschaft, gegen das palästinensische Volk, den man sich vorstellen kann. Wer das nicht begreift ist doch ein Idiot, ein Vollidiot. Die Antisemiten treiben die Juden nach Palästina. Und die Juden, die nach Palästina kommen, nehmen den Palästinensern ihren Boden weg. Und das schon seit hundert Jahren. Der Zionismus wäre doch nie entstanden wenn die Antisemiten die Juden nicht aus Europa fortgetrieben hätten.

Aber gerade dadurch ist Israel ja auch notwendig geworden.

Es ist ein Teufelskreis in dem Antisemiten und Zionisten sich gegenseitig unterstützen. Das ist doch offensichtlich.

Ist das nun so zu verstehen,

dass sie glauben, dass Antisemiten und Zionisten in irgendeiner Form zusammenarbeiten?

Nein, nein, auf keinen Fall, das dürfen sie keinem unterstellen. Es gibt eine objektive Interessensgleichheit, denn die Antisemiten treiben die Juden nach Palästina. Die palästinensischen Ausschreitungen in Europa werden jetzt dazu führen, dass noch zehntausende von Juden aus Deutschland, Frankreich, Russland und der Ukraine nach Israel kommen. Ein großer Teil davon wird auf palästinensischem Boden in den besetzten Gebieten angesiedelt werden. Das ist doch eine klare Kausalität.

Bei Diskussionen innerhalb der Linken, aber auch mit Jüdinnen und Juden in Europa, habe ich auch Kritik gehört, dass ihre Arbeit, vor allem die internationale Arbeit der Friedensbewegung, zwar wie gesagt nicht Antisemitismus erzeugen kann, aber Antisemiten Munition liefern. Was würden sie dazu sagen?

Ich würde das als ekelhafte Gräuelpropaganda bezeichnen. Ein Propagandaapparat von Herrn Sharon bezeichnet alle, die Kritik an ihm üben, als Antisemiten. Es ist nichts einfacher und nichts ekelhafter als diese Manipulierung. Kritik an der israelischen Regierung ist eine Art moralische, berechnete Kritik und zu sagen, dass alle, die im Ausland daran Kritik üben, Antisemiten sind und alle, die im Inland diese Politik kritisieren, Munition für Antisemitismus geben, ist eine Gräuelpropaganda die nicht weit von der Mentalität der Antisemiten selbst entfernt ist. Das ist genau die selbe Mentalität.

Ich persönlich bin schon der Meinung, dass es auch berechnete Kritik an Sharon gibt und ich würde auf jeden Fall widersprechen, wenn jede Kritik an der israelischen Regierung als antisemitisch bezeichnet würde. Eine solche Kritik sollte auch in der Linken formuliert werden, aber es gibt auch in der Linken eine Kritik an Israel die letztlich antisemitisch ist und den Antisemitismus nur durch einen Antizionismus kaschiert. Es gibt in der Linken in Deutschland und Österreich etwa auch Gruppen die wirklich die Vernichtung Israels und ein arabisches Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer wollen.

Das sind auch Faschisten, das ist eine andere Art von Faschismus. Es gibt eine internationale Zusammenarbeit von arabischen Faschisten, jüdischen Faschisten und europäischen Faschisten, die sich objektiv gegenseitig unterstützen um einen Frieden und eine Versöhnung zu verhindern.

Was ist denn ihre Zielvorstellung, oder besser Strategie? Soll es zwei Staaten geben? Soll sich Israel aus den gesamten besetzten Gebieten zurückziehen?

Meine Freunde und ich haben vor 50 Jahren diesen Plan aufgestellt: zwei Staaten für zwei Völker mit Jerusalem als gemeinsamer Hauptstadt. In der ganzen Welt, inklusive Israel gab es damals keine hundert Menschen die das unterstützt haben. Heute ist das ein Weltkonsensus, von ganz Europa, ganz Amerika, ganz China, den ganzen Vereinten Nationen und das ist heute unausweichlich. Die ganze Welt sieht heute ein, dass das die einzige Lösung ist. Die arabische Welt hat

sich dem angeschlossen, indem sie den Saudi-Arabischen Plan angenommen hat. Die ganze Welt außer Herr Sharon ist heute für diesen Plan.

Und in Israel selbst und in den besetzten Gebieten? Wie sieht da die Stimmung für so eine Lösung aus?

Auch in Israel gibt es eine Mehrheit für diese Lösung. Nur hat man den Israelis eingetrichtert, dass diese Lösung nicht real ist, weil die Araber keinen Frieden wollen. Das ist eine Lügenpropaganda und Gehirnwäsche und die müssen wir überwinden. Die israelische Friedensbewegung tut alles um diese zu überwinden.

Und sie glauben, dass durch die Schaffung eines Palästinenserstaates in den besetzten Gebieten auch die Selbstmordattentate ein Ende haben werden und das auch für die israelische Bevölkerung Sicherheit und Frieden bringen wird?

Die Gräueltaten die von beiden Seiten begangen werden und die immer schlimmer und extremer werden, werden dazu führen, dass die Völker irgendwann einsehen werden, dass das die einzige Lösung ist.

Gibt es auch auf der palästinensischen Seite so etwas wie eine Friedensbewegung? Gibt es dort Gruppen die sich etwa für das Ende der Selbstmordattentate einsetzen? Haben sie direkte Ansprechpartner auf der palästinensischen Seite?

Die Friedensbewegung auf der palästinensischen Seite ist geführt von Yassir Arafat. Er ist die Friedensbewegung. Er hat den Frieden von Oslo unterzeichnet. Er hat geschafft, dass die große Mehrheit des palästi-

nensischen Volkes für eine Friedenslösung mit zwei Staaten für zwei Völker ist. Das ist von der riesigen Mehrheit der Palästinenser angenommen worden. Und ich hoffe, dass sich diese Mehrheit trotz allem was nun geschieht, wieder unter Yassir Arafat finden wird. Die einzige Art, das zu verhindern ist Yassir Arafat umzubringen und ich habe sehr große Angst, dass Herr Sharon das beabsichtigt.

Aber diese palästinensische Gesellschaft hat sich doch in diesem Konflikt auch geändert. Hier sind nicht nur die Selbstmordattentate als neue Kampfform, die beinahe ausschließlich Zivilistinnen und Zivilisten trifft, dazugekommen, sondern auch innerhalb der palästinensischen Gesellschaft die Lynchmorde an so-

genannten Kollaborateuren. Das muss ja Auswirkungen auf die palästinensische Gesellschaft haben.

Natürlich gab es Morde an Kollaborateuren. Kollaborateure sind Verräter! Die sind in ganz Europa umgebracht worden, vor nicht allzulanger Zeit. Wer seine Kameraden an eine feindliche Besatzung ausliefert, ist ein Verräter und wird umgebracht.

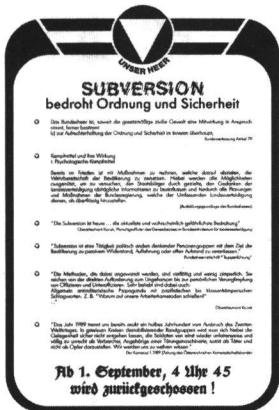
Verstehe ich das nun richtig, dass sie das für legitim halten?

Ich habe es selbst getan. Ich war ein Terrorist wie ich ein junger Mann war. Ich habe das selber mitgemacht. Wir haben unsere Kollaborateure umgebracht. Die Kollaborateure, die unsere Kameraden an die englische Kolonialregierung ausge-

liefert haben und die dort von der englischen Polizei gefoltert worden sind; diese Kollaborateure haben wir umgebracht.

Aus ihrer Sicht hat dies also nichts mit einer gesellschaftlichen Entwicklung zu tun, sondern einfach nur mit normalen Kriegshandlungen. Die Frage, die ich mir hier nämlich stelle ist, wie dieser palästinensische Staat dann aussehen wird. Werden hier islamische Fundamentalisten regieren oder eine autoritäre Staatsführung wie in vielen arabischen Staaten oder wird dieser Staat ein demokratischer Staat sein?

Es wird ein demokratischer Staat Palästina werden!



Eine nichtbezahlte Anzeige des Bundesheeres zu seinem neu entdeckten Bedrohungsbild der "Subversion" brachte uns einen Prozess ein.

Zitat aus der Anzeige: "Das Jahr 1989 trennt uns bereits exakt ein halbes Jahrhundert vom Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. In gewissen Kreisen destabilisierender Randgruppen

wird man sich hierbei die Gelegenheit sicher nicht entgehen lassen, die Soldaten von einst wieder unfairerweise und völlig zu unrecht als Verbrecher, Angehöriger einer Tötungsmaschinerie, somit als Täter und nicht als Opfer darzustellen. Wir werden uns zu wehren wissen." Der Kamerad 1-2/89 (Zeitung des Österreichischen Kameradschaftsbundes)"

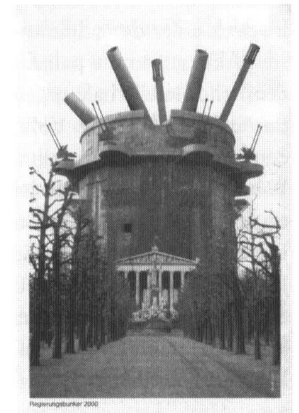
Das Bundesheer klagte wegen der Verwendung seines offiziellen Briefpapiers auf Urheberrechtsverletzung – und verlor den Prozess nach drei Jahren in letzter Instanz, weil es sich bei Logo und rot-weiß-roter Umrahmung um eine "reine Gebrauchsgeschichte ... ohne ästhetischen Überschuß" handelt: "Das gilt auch für das Hoheitszeichen für Militärluftfahrzeuge selbst, weil die Wahl der Kreisfläche mit einem ihr eingeschriebenen, auf die Spitze gestellten gleichseitigen Dreieck für die Anerkennung als Werk der bildenden Künste nicht ausreicht. ... Die konkrete Kombination dieser beiden geometrischen Formen mag zwar einen gewissen Auffälligkeitsswert haben; sie ist aber doch so naheliegend und bekannt, daß sie sogar in der Stamfassung der StVO 1060 BGBl Nr. 159 beim Vorschriftszeichen nach § 52 Ziffer 11 'Halt vor Kreuzung' Eingang gefunden hatte."



Context XXI 1/2000

Widerstände am Cover und Regierungsbunker auf der 2. Umschlagseite (diE nOt).

Die Themenvielfalt von Context XXI findet sich nicht nur gedruckt und im Internet, sondern seit zwei Jahren auch im Äther, auf Radio Orange (Wien), Fro (Linz), Agora (Klagenfurt), Helsinki (Graz) und anderen freien Radios.



„Für die Juden geht man nicht auf die Knie“¹

Antisemitismus in den Wiener Pfarrblättern der Zwischenkriegszeit

Was kommt bei einer Untersuchung von insgesamt 1.749 Ausgaben von 25 verschiedenen Wiener Pfarrblättern der 1930er Jahre, mit dem Hauptaugenmerk auf Antisemitismus, heraus? Um es vorweg zu nehmen: die AutorInnen der Studie konnten über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg kein einziges Wort gegen den Antisemitismus der Nationalsozialisten oder der Bevölkerung finden. Es handelte sich dabei immerhin in Wien um eine Auflage von insgesamt monatlich etwa 180.000 Pfarrblättern, die in den Kirchen zur freien Entnahme auflagen, per Post zugestellt oder in die Wohnung der Gemeindemitglieder geliefert wurden.

In 84 % der untersuchten Pfarrblätter wurde Antisemitismus in allen Varianten propagiert: die religiösen Argumentationsmuster wechseln sich mit ökonomischen, rassistischen und anderen Kategorien wie z.B. „jüdische Moral und Sittlichkeit“ ab.

Gerade während der Zeit des Ständestaats waren die Pfarrblätter stark antisemitisch geprägt, Austrofaschisten und Nationalsozialisten rangen darum, die besseren Antisemiten zu sein.

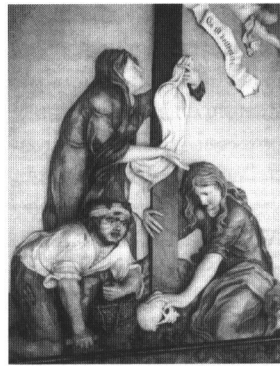
So finden sich vor allem zur Osterzeit, der „jährlichen Achse der Judenverfolgung im christlichen Abendland“³ oder auch die „gefährlichste Zeit des Jahres“ für Jüdinnen und Juden in christlichem Umfeld (S.32), verstärkt judenfeindliche Artikel in den Pfarrblättern, wie in

jenem der Alservorstadt, welches am 3. März 1937 schrieb: „[...] beten wir mit dem Priester für alle Menschen, vom Papste angefangen, bis zum letzten Heiden und für die perfiden Juden.“⁴

Das Fortbestehen des Judentums mit seiner „Weigerung“ Jesus Christus als den vorausgesagten Messias anzuerkennen, ist seit Bestehen des Christentums die gelebte Infragestellung christlicher Heilsvorstellungen. Als „Gottesmörder“ wurden die Jüdinnen und Juden bereits in der ältesten erhaltenen Osterpredigt des Bischofs Melito von Sardes (gest. 180 n.C.) bezeichnet. Dieses Motiv setzt sich fort bis ins 20. Jahrhundert und wurde von maßgeblichen Vertretern des politischen Katholizismus in Österreich öffentlich vertreten: „Es ist ein Verhängnis, eine Art Säkularfluch, der auf den Ariern lastet, seit sie sich verleiten ließen, auf den zu vergessen, den die Juden ans Kreuz geschlagen haben.“⁵ Die Donaustädter Pfarrnachrichten schrieben im Jahr 1925: „Seit jenem Christumord auf Golgatha trägt der Jude das Kainszeichen auf der Stirne; fluchbeladen kann er keinem Volke zum Segen reichen.“ (S.33)

In einer achtseitigen Beilage des Hernalser Pfarrblattes aus dem Jahr 1934 wird jener Kreuzweg der Grabeskirche am Kalvarienberg beschrieben, auf dem bei Bild Nr.6 der sogenannte „Körperljud“ abgebildet wird. Er trägt einen Korb Nägel und einen Hammer

und stellt den eigentlichen Täter der Kreuzigung Jesus' dar. Aus den 20er und 30er Jahren sind zahlreiche Übergriffe auf diese Figur bekannt. Ein Zeitzeuge berichtet von den Prozessionen und den Aufforderungen der Erwachsenen an die Kinder: „Spuckt's eam nur schön an, den Körperljuden, den grauslichen.“ (S.35)



Die Studie fährt fort mit einer kurzen Beschreibung des umfangreichen Repertoires an religiös argumentierten antisemitischen Vorurteilen und deren Verwendung in den untersuchten Pfarrblättern. Anhand eines besonderen repräsentativen Zitates des Wiener Pfarrers Sigismund Brettle⁶ soll die heilsgeschichtliche Interpretation der nationalsozialistischen Judenverfolgung dargestellt werden. Dieser schrieb in der ersten Ausgabe des Pfarrblattes der Alservorstadt nach dem Anschluss: „In diesen Tagen des Umbruches haben mich viele Menschen immer wieder gefragt, wie ich denn als Seelsorger es mit der Liebe Christi vereinbaren könne, daß die Juden überall abgelöst und brotlos gemacht

Die katholischen Pfarrer und deren „Kaplansbewegung“² mussten zwar im März 1938 ihre Macht an die Nationalsozialisten abgeben, nicht jedoch weil sie etwa den zähen Kampf um die Frage, wer denn nun der bessere Antisemit sei, verloren hätten, sondern aus einer Vielzahl anderer Gründe. In der Schlacht um die antisemitische Themenführerschaft schlugen sie sich wacker, die „Pfaffen“.

VON MARY KREUTZER



Nina Scholz/Heiko Heinisch, '...alles werden sich die Christen nicht gefallen lassen.' Wiener Pfarrer und die Juden in der Zwischenkriegszeit. Czernin Verlag, Wien 2001, 154 S.

würden. Ich habe darauf geantwortet, dass die Ablösung schon immer im Plane der göttlichen Vorsehung lag. [...] Der arisch-deutsche Mensch aber, der in so vielen und harten Waffengängen um die Verwirklichung des Christentums kämpfte und litt, möge die Sprache Gottes in Adolf Hitlers weltgeschichtlicher Mission erblicken und ihm dienen wie eben nur gläubige Treue zu dienen imstande ist.“

Diese Anbiederungen an die Nazis in verschiedenen Pfarrblättern ab dem „Anschluss“ verschwanden jedoch bereits 1939 wieder von der Bühne, als endgültig die Ernüchterung durchschlug. Auch die Versuche, Christentum und Deutschtum als untrennbare Einheit darzustellen hörte sich spätestens da auf, wo die antikirchlichen Aktivitäten der Nazis zu offensichtlich wurden.⁷

Hatte das Grinzinger Pfarrblatt noch im Juni 1938 sein Bekenntnis zu „Volk und Führer“ abgelegt oder die Erdberger Pfarre eifrigst ihre Kooperation bei der Ausstellung der Ariernachweise angeboten – „[...] Sie hilft ja doch auch irgendwie mit an dem großen Werk des blut- und artgemäßen Aufbaues unserer Volksgemeinschaft.“ – so war die unmittelbar mit dem Anschluss einsetzende Demütigung und Verfolgung der Wiener Jüdinnen und Juden in keinem einzigen Pfarrblatt Gegenstand von Kritik. Dass diese sehr wohl in anderen Bereichen geübt wurde, zeigen die AutorInnen am Beispiel des Pfarrers von Währing, der während der 30er Jahre mehrmals mit Nationalsozialisten aneinander geriet. Er bezeichnete sie als „braune Terroristen“ und sinnierte im Pfarrblatt darüber, wer

denn nun der bessere Antisemit sei. (S.93)

Neben einem gut zusammengefassten Überblick der Entwicklung vom christlichen bis hin zum immer wieder auch religiös argumentierten wirtschaftlichen⁸ und rassistischen Antisemitismus erschließen die AutorInnen der Studie mit der Auswertung der Pfarrblätter eine Quelle,

die die Haltung des katholischen Klerus an der Basis widerspiegelt und dessen Mitverantwortung für die massive Verbreitung antisemitischer Ressentiments in der Bevölkerung – und letztendlich auch für die Shoah – belegt.

- 1 „pro Judaeis non flectant“. Bis ins 9. Jahrhundert erhielten die Gläubigen bei der Karfreitagsliturgie noch die Regieanweisung: „flectamus genua“- „Beugen wir die Knie“. Der steigende Antisemitismus des Mittelalters änderte dies jedoch. In den Donaufelder Pfarrnachrichten war 1934 dazu zu lesen: „Es folgen dann die sogenannten großen Fürbitten, ergreifende Gebete für das Heil aller Menschen, auch der Abtrünnigen, Irrgläubigen, Juden und Heiden. Bei jedem Gebete beugt der Priester das Knie, nur beim Gebete für die Juden unterbleibt die Kniebeuge, weil sie an diesem Tage durch die Kniebeuge den Heiland verhöhnten.“ (S. 27)
- 2 Diese Bezeichnung für die 1891gegründete Christlichsoziale Partei wurde von Erika Weinzierl geprägt. (S.13)
- 3 (S.24), zitiert nach Friedrich Heer: „Gottes erste Liebe. Die Juden im Spannungsfeld der Geschichte.“, Frankfurt a.M. 1986. S.94.
- 4 In der katholischen Karfreitagsliturgie hieß es bis 1959: „Oremus et pro perfidis Judaeis“ - die gängige Übersetzung lautet: „Lasset uns auch für die treulosen, unredlichen, untreuen Juden beten.“ (S.25)
- 5 So der Volkseelsorger Monsignore Josef Scheicher, einer der Gründungsväter der Christlichsozialen Partei in Bezug auf säkularisierte Christen. (S.33)
- 6 Er war Führer der damaligen Katholischen Aktion in der Alservorstadt und Schriftleiter des dortigen Pfarrblattes.
- 7 Am 8. Oktober überfielen nationalsozialistische Schlägertrupps das Erzbischöfliche Palais in Wien. Ende '38 trat der Amann'sche Presseerlass in Kraft, in dem festgelegt war, dass die konfessionelle Presse sich ausschließlich auf religiöse Themen zu beschränken habe.
- 8 Verkürzte Kapitalismuskritik und daraus resultierender Antisemitismus ist in den Pfarrblättern häufig zu finden: Die Vertreter der „jüdischen Hochfinanz“ seien die „Vampire des armen Volkes“, „gerade die Juden“ seien „das zersetzende Element im Volksleben“, da sie sich „mit schonungsloser Hand der Macht des Capitals bedienen, um das arbeitende Volk auszubeuten, um (...) das ganze arbeitende Volk in die drückende Abhängigkeit zu bringen, in eine greuliche Zins-herrschaft.“ Der christlichsoziale Antisemit Karl Lueger brachte es 1890 auf den Punkt: „Antisemitismus ist gleichbedeutend mit dem Kampf gegen das alles überwuchernde, alles erdrückende und alles verderbende Großkapital.“ Die postfaschistische Kontinuität eines Teils der „Linken“ hierzulande wird besonders in diesem Kapitel (S.49ff) deutlich.

connecting people

Aus den Erfahrungen der Betreuungs- und Hilfsorganisationen im Flüchtlingsbereich wurde ein Projektkonzept entwickelt, dessen Realisierung den jungen Flüchtlingen und ihren PatInnen gelingt. Der überwiegende Teil, der vorerst nur in Wien (seit Anfang April 2002 auch in Graz, Linz und Salzburg) begonnenen Kontakte, verbindet männliche Jugendliche aus Afghanistan mit lange oder immer schon in Österreich Lebenden, meist Frauen. Andere Herkunftsländer der jugendlichen Flüchtlinge sind Äthiopien, Sierra Leone und Ruanda.

Nach ihrer Ankunft im Land bleiben häufig auch unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen Zugänge zu Deutschkursen, Ausbildungen oder Arbeitsmöglichkeiten verwehrt, ihre Unterbringungs- und Betreuungssituation ist ungenügend,

wenn auch die Zahl der in Schubhaft befindlichen Jugendlichen rückläufig ist.

Das Buch bietet Raum, um Persönliches öffentlich zu machen, vor dem Hintergrund einer restriktiven Flüchtlingspolitik und der Verhinderung von Lebensperspektiven, die in der Beziehung auch Teil der Auseinandersetzung österreichischer StaatsbürgerInnen wird. „Ich fühle mich verantwortlich, ja. Ich fühle mich betroffen, wenn es Reza nicht gut geht, ich fühle mich ratlos oder traurig, weil mir sein Schmerz nahe geht. Ich kann und will mich dieser Verantwortung nicht mehr entziehen, aber ich habe auch Angst, Reza zu enttäuschen, ohne es zu wollen; ich habe Angst, dass er Enttäuschungen erlebt, die sein erschüttertes Vertrauen noch weiter untergraben. Und ich weiß auch, dass er Dinge geschafft

hat, seit er geflüchtet ist, von denen ich mir schwer vorstellen kann, wie man sie meistert.“ (Veronika, S. 30)

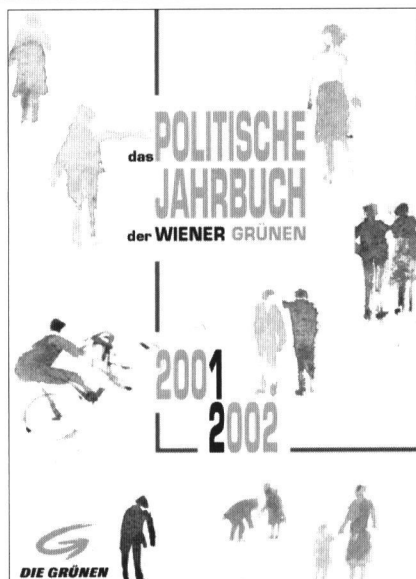
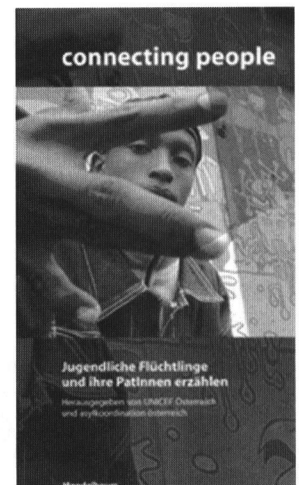
„Diese ständige Unsicherheit und das Warten ist sehr belastend für mich. Ich bin jetzt seit eineinhalb Jahren in Österreich und ich hoffe sehr, dass die österreichische Regierung eine Lösung für unser Problem finden wird.“ (Hamid, S. 68)

Geschichten, die zur Intervention animieren, etwa um die koordinierenden Organisationen mit dem Kauf des Buches zu unterstützen oder selbst am Projekt mitzuwirken.

connecting people
Jugendliche Flüchtlinge und ihre PatInnen erzählen
Herausgegeben von UNICEF Österreich und asylkoordination österreich
Wien, Mandelbaum 2002
9,90 Euro

In dem von asylkoordination österreich und UNICEF Österreich herausgegebenen Erzählband werden ungewöhnliche Beziehungen sichtbar, die unter fragilen, existenzbedrohenden Bedingungen geknüpft werden.

VON HEIDE HAMMER



◀ Zwei coole Tipps im grünen Frühling: ▶
Das Politische Jahrbuch 2001/2002 und wien.direkt, die Zeitung der Wiener Grünen

Gratis zu bestellen bei
Grüne Wien, 1071 Wien, Lindengasse 40
per Fax: 01-5269119 oder
per E-Mail: ruth.chylik@gruene.at



DIE GRÜNEN
GRÜNE ALTERNATIVE WIEN

100 Jahre österreichische Sozialdemokratie
18. April 1918 - 18. April 2018

wien.direkt
Die Zeitung der Wiener Grünen

Sonderausgabe Tag der Arbeit 2002

Harte neue Arbeitswelt!

Demagogie, Armut von Arbeitslosen, tolerierte Sklaverei.
Die neue Arbeitswelt ist für die Betroffenen nicht anders als unmenschlich.

TACHELES

Sozialarbeiter
W. 5017

Im Zuge der letzten 10 Jahre hat sich die Arbeitswelt in Wien grundlegend verändert. Die Arbeitslosenquote ist von 10% auf 15% gestiegen. Die Arbeitslosen sind in die soziale Isolation gedrückt worden. Die Arbeitslosen sind in die soziale Isolation gedrückt worden. Die Arbeitslosen sind in die soziale Isolation gedrückt worden.

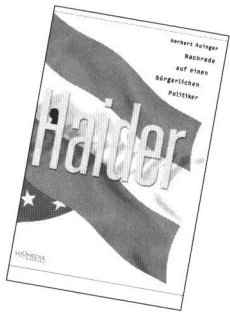
Die Arbeitslosen sind in die soziale Isolation gedrückt worden. Die Arbeitslosen sind in die soziale Isolation gedrückt worden. Die Arbeitslosen sind in die soziale Isolation gedrückt worden.

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



Wolf Haas: **Komm, süßer Tod.** Roman. Rowolth, 223 Seiten.



Herbert Auinger: **Haider – Nachrede auf einen bürgerlichen Politiker** Promedia, 240 Seiten.

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.
Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich Sonderabo:	22,- Euro
Österreich Normalabo:	33,- Euro
Ausland:	38,- Euro
Übersee:	44,- Euro
Förderabo:	66,- Euro

 Aufgrund der massiven Erhöhung der Postversandtarife seit Jänner 2002 und der uns nach wie vor verweigerten Publizistikförderung – wir tragen nichts zur staatsbürgerlichen Bildung bei! – sahen wir uns leider gezwungen, die Abo-Preise für dieses Jahr zu erhöhen. Um aber allen AbonenntInnen, die eine solche Preisanhebung nicht mitmachen können oder wollen, die Möglichkeit zu bieten, Context XXI auch weiterhin zu abonnieren, gibt es eine neue Abo-Kategorie. Das **Sonderabo** für Arbeitslose, MigrantInnen, StudentInnen und für all jene, die sich das Normalabo nicht leisten können oder wollen.

 **Bestellschein bitte senden (faxen) an:** Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

- Ich bestelle hiemit ein
- ☐ Normalabonnement
 - ☐ Sonderabonnement
 - ☐ Förderabonnement
 - ☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**
ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

- Als Abo-Geschenk
wähle ich folgendes Buch:
- ☐ Haas: **Komm, süßer Tod.**
Roman
 - ☐ Auinger: **Haider – Nachrede auf einen...**

ConInfo – Mailinglist

- ☐ Ich bin AbonnentIn oder bestelle nebenstehend ein Abo und möchte in die Mailinglist **ConInfo** aufgenommen werden.
Meine e-Mail-Adresse:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	2,50
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	3,-
___ Stück	ZOOM97045	Broschüre: Ratgeber Wehrdienstverweigerung – Zivildienst u.a.	4,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	5,50
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	5,50
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	5,50
___ Stück	CON01078	Broschüre: Siegfrieds Köpfe – Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus an der Uni	9,-
___ Stück	CDEUROPA	CD: Etwas besseres als Europa	6,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal , schwarz, Aufdruck klein, Größe XL	9,-
___ Stück	VERGRIFFEN	T-Shirt Kein Mensch ist illegal , schwarz, Aufdruck groß	9,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal , blau, Aufdruck klein, Größe XL	9,-
___ Stück	VERGRIFFEN	T-Shirt Kein Mensch ist illegal , blau, Aufdruck groß, Größe XL	9,-

Besteller/in:

Datum:

Deserteure

Vergessene Opfer der NS-Militärjustiz

"An der Front kann man sterben,
als Deserteur muß man sterben."

Adolf Hitler, Mein Kampf

Mittwoch 22. Mai, 19 Uhr

Altes AKH, Hörsaal A

Spitalgasse 2-4, 1090 Wien

Deserteure der Wehrmacht berichten

Drei Zeitzeugen berichten über ihre unterschiedlichen Erlebnisse der Desertion aus der Wehrmacht:

Ludwig Baumann, Wehrmachtsdeserteur und "Sprecher der deutschen Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz

Karl Keri, Wehrmachtsdeserteur

Richard Wadani, Wehrmachtsdeserteur

Friedrun Huemer, Moderation

Donnerstag 23. Mai, 12.00 Uhr – 19.00 Uhr

Aula der Universität Wien

Dr. Karl Lueger-Ring 1, 1010 Wien

Filmtag "Vergessene Opfer"

Lebensgeschichtliche Interviews u.a. mit dem Wehrmachtsdeserteur Richard Wadani von Angelika Schuster & Tristan Sindelgruber

Eine Veranstaltungsreihe von Context XXI, Grüne Alternative Wien, Grüner Parlamentsclub/Terezija "Stoisits, LICRA-Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus), Österreichische HochschülerInnenschaft Bundesvertretung, Österreichische HochschülerInnenschaft – Universität Wien, Republikanischer Club – Neues Österreich und Sozialistische Jugend Wien.

Mit Unterstützung der Grünen Bildungswerkstatt Wien und der Grünen Bildungswerkstatt Bund.

Dienstag 21. Mai, 19 Uhr

Altes AKH, Hörsaal A

Spitalgasse 2-4, 1090 Wien

Deserteure der Wehrmacht: "Landesverrat oder Pflicht?"

Die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure entzweit nach wie vor Gesellschaft und Politik. Stellt die Desertion aus der Wehrmacht eine legitime Form der Entziehung aus einem verbrecherischen Krieg oder einen zu bestrafenden Eidbruch dar? Otto Keimel, Präsident des Österreichischen Kameradschaftsbundes

Walter Manoschek, Politikwissenschaftler, Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien, Leiter des BMBWK-Forschungsprojekts "Österreichische Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit"

Manfried Rauchensteiner, Historiker, Direktor des Heeresgeschichtlichen Museums

Richard Wadani, Wehrmachtsdeserteur

Peter Huemer, Moderation

Eine Veranstaltung von Grüner Parlamentsclub/Terezija Stoitsits, LICRA – Österreich (Internationale Liga gegen Antisemitismus und Rassismus), Republikanischer Club – Neues Österreich und Sozialistische Jugend Wien.

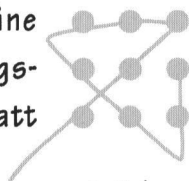
Mit Unterstützung der Grünen Bildungswerkstatt Bund.

Verbrechen der Wehrmacht. – Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944

Die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung ist noch bis 26. Mai im Semperdepot, Lehgasse 8, 1060 Wien zu sehen. tägl. 10–18 Uhr, Do 10–21 Uhr

zahlreiche Begleitveranstaltungen (Führungen, thematische Rundgänge, Symposium) nähere Informationen: 01-4277-41 241

die grüne
bildungs-
werkstatt
wien



In Rahmen der Reihe: "Demokratisierung der Wirtschaftspolitik."
veranstaltet von ATTAC, BEIGEWUM, GBW-WIEN, RENNER INSTITUT

**referieren und diskutieren am 13. Juni 2002, Beginn 19:00 Uhr,
im BAWAG-Hochholzerhof, 1010, Seitzergasse 2 - 4**

Alessandro Pelizzari (Uni Fribourg, CH), **Geneviève De Rham** (Verband d. Personen i.Öff.Dienst, CH), **Hazel Conley** (University of Cardiff, UK), **Annick Coupé** (Solidaires, F) über das Thema:

"Public Services: Wie öffentlich sollen öffentliche Dienste sein?"

Die weiteren Termine der Reihe, zu den Themen: Demokratisierung im Betrieb, Finanzmärkte/Geldpolitik, Europäische Wirtschaftspolitik, Globale Wirtschaftspolitik erfahren Sie unter www.gbw.at.

Schöne neue Welt?!

Sofa-Talk zur Globalisierung

10.3.2002, "Capitalism stole my virginity"

Was bitte ist Neoliberalismus, IWF, WTO, usw.?

14.4.2002, "Make me lose control"

Überwachung jederzeit und überall?! Welche Rechte hab ich eigentlich noch?

Coming soon:

26.5.2002, "Sexless and incorrigible"

Reproduktionsmedizin, Bevölkerungspolitik, Eugenik & Co.

23.6.2002, "Respect - just a little bit...!"

Fortschrittliche Asylpolitik?! Was kann ich tun?

22.9.2002, "Running Sushi"

Corporate Culture. Das Ende des Provinzialismus.

Jeweils 19 Uhr im WIRR



Weiter Infos findest du auf:

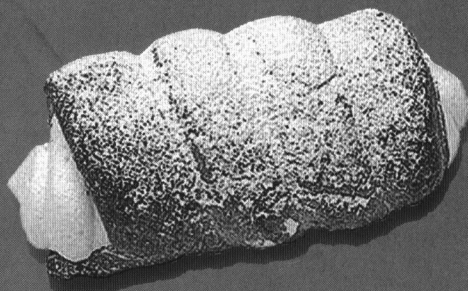
www.gajwien.at/sofa

[Grünalternative Jugend Wien]

planet25

Staat, wohin rollst du?

Die Rolle des Staates
beleuchtet von unten, von oben
und von allen Seiten...



mit Beiträgen zur Bedeutung gesellschaftlicher Aktivität „von unten“,
zur Ausformung internationaler Übereinkommen und zur Geschichte des „Staates“.
Dazu noch wissenswertes über politische Bildung in Österreich, e-government und der Frage,
warum Titel in Österreich oft wichtiger genommen werden als Demokratie...

planet Zeitung für politische Ökologie, Lindengasse 40, A-1070 Wien, planet@gruene.at
Einzelnummer € 0,87 - Abo € 4,36 - Kto.-Nr.: Erste 30 0010 35 171 (BLZ 20111)